

Sommer

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 Mk.
Der Courier ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 16.

Berlin, den 19. April 1908.

12. Jahrg.

Der Heiland.

Süßigst hat es unserm Herrn gefallen,
Auf Erden wiederum zu wallen.
Er zog dahin im Staub der Straßen,
Wie einst, verachtet und verlassen,
In Niedrigkeit, das Kleid zerschissen,
Gebeugt von Not und Kummernissen,
Ein Arbeitsmann, vom untern Stande.

... So kam er auch in deutsche Lande.
Er lief durch Dörfer und durch Städte
Und suchte, wo er Arbeit hätte.
Oft hört er seinen Namen nennen,
Doch konnte keiner ihn erkennen.
Und Tränen traf er allerwegen
Und Elend, Not und Fluch statt Segen.
Gerade wie zu jenen Tagen,
Da man ihn an das Kreuz geschlagen.

In einer Stadt mit stolzen Festen
Und hundert Kirchen und Palästen
Fand Obdach er und Arbeitsstelle
Als armer Zimmermannsgehilfe.
Vom Frühlicht bis zum Abendgrauen
Konnt man ihn an der Werkbank schauen,
In nimmermüder Tagesfrohe,
In heißem Schweiß bei kargem Lohne.
Und wenn die andern rastend saßen
Und ihrer Mühsal Last vergaßen,
Stand er beiseite voll Erbarmen
Und segnete das Brot der Armen.

Da kommt mit blauen Himmelsbogen
Der Frühling in das Land gezogen,
Und mit den jungen Frühlingstranken
Ersteh'n die stürmischen Gedanken:
Was braucht das Volk? Mehr Luft, mehr Sonne!
Nach grauer Woche Festtagswonne!
Für Weib und Kinder Schuh und Kleider!
Und Brot für alle Hungerleider! ...

... Und schon im Streit die Fahnen fliegen.

Da läßt auch er sein Werkzeug liegen,
Erstaunt die Herren der Arbeit sehen,
Den frommen Knecht beim Aufruhr stehen:
„Wie kommst du, Mann, in dieser Fehde
Zu jenen Gottverlass'nen, rede!“

Da spricht der Herr, und Bornesgluten
Aus seinen dunkeln Augen fluten:
„Eh' wird es dem Kamel gelingen,
Durch einer Nadel Ohr zu springen,
Als euch, ins Himmelreich zu kommen!“

So sprach der Heiland zu den Frommen.
Was taten da die guten Christen?
Man wies ihn aus als Anarchisten.

Moderne Kreuzträger.

Ostern! In unserer Erinnerung erheben sich Bilder, die wir in den Religionsstunden unserer Schuljahre in uns aufgenommen haben: die Passionsgeschichte, die Leiden Christi. Wir hören das „Kreuziget, kreuziget ihn!“, sehen die Peinigungen, die rohe Söldner ihm zuteil werden lassen und erblicken im Geiste den Märtyrer, wie er sein Kreuz zur Richtstätte schleppt, wie man ihm Nägel durch Hände und Füße treibt, wie die Speerschwunde blutet.

Wir vergessen diese Bilder nicht, weil wir den Atem des Heldentums verspüren, weil das Edle, Opfervolle hier ins Ueberlebensgroße wächst, weil das Gute, das in jeder Menschenbrust liegt, hier rein und groß vor uns steht.

Daraus erklärt sich zu einem wesentlichen Teil die Tatsache, daß auch heute noch, nach Verlauf von nahezu zwei Jahrtausenden, viele Menschen so tief in der Suggestion jenes Vorganges befangen sind, daß ihnen alle Leiden anderer und alle anderen Leiden nichts sagend oder doch nebensächlich erscheinen, wenn sie der Passionsgeschichte gegenübergestellt werden.

„Das Leiden Christi“ ist sprichwörtlich geworden als ein Bild, das nicht übertroffen werden kann. „Er trägt sein Kreuz“ ist einer von den vielen Sätzen, die deutlich auf ihren Ursprung hinweisen, die aber, da sie sehr gebräuchlich sind, zugleich untrügliche Beweise dafür sind, daß die Menschheit seit von ihrem Passionsgange noch nicht erlöst ist.

Der Theologe kann uns mit dem Einwand kommen, daß die christliche Erlösung auf außermaterielle Dinge gezeit, daß es sich nur um eine „Befreiung der Seele“ gehandelt habe. Dieser Einwand hält weder der materialistischen Geschichtsauffassung noch der historischen Forschung stand. Aber wenn er auch richtig wäre, so würde dadurch nichts an der Tatsache geändert, daß die Kreuzträger heute zahlreicher als je sind.

Zwar wird — buchstäblich genommen — in unsern aufgeklärten Zeiten niemand mehr ans Kreuz geschlagen. Sogar den Mördern hat man das Henkerbeil bewilligt. Auch die Folter, jene treffliche „Erzwingungsmittel“ des Mittelalters, ist abgeschafft. Aber all dies hat die Leiden der Menschheit nicht gemindert, hat sie nur verändert. Neben den bleibenden hat jede Zeit ihre besonderen, ihr eigentümlichen Erscheinungen des Leidens, die aus den wirtschaftlichen, politischen und sonstigen Zuständen eines Volkes stehen.

Die typischen Leiden des kapitalistischen Zeitalters sind in der Hauptsache wirtschaftlicher Natur. In keinem Stadium der ökonomischen Entwicklung — wir sehen von zufälligen Erscheinungen wie Kriegen, Epidemien etc. ab — hat das Volk unter einer so starken Unsicherheit der Existenz gelitten, wie in den auf- und ab-schwankenden Verhältnissen unserer Epoche. Nie sind so große Massen in ihrem Broterwerb dermaßen dem Zufall preisgegeben gewesen, wie heutzutage. Sie stehen vor einem Lotteriespiel, wo die kleinsten Gewinne und die Tiefen überwiegen. Die Arbeiterkastei beklagt sich mit Recht über den geringen Anteil, der ihr aus den Erträgen ihrer Arbeit als „Lohn“ zuteil wird. Aber ebenso tiefgreifend, ja, noch unheilvoller ist die Unsicherheit, die es nicht gestattet, wenigstens dauernd mit, wenn auch geringen, Einkünften zu rechnen. Die Nervosität, die Hast, Unruhe und Verscharenheit, die wir heute so häufig in Arbeiterkreisen, namentlich bei den geplagten Hausfrauen, konstataren können, sind zum sehr großen Teil eine Folge der Unmöglichkeit, feste, stetige Verhältnisse im Haushalt herbeizuführen, sind eine natürliche Wirkung der

unablässigen Sorgen und des Kopfzerbrechens, wie der häusliche Etat bilanzieren werden kann. Und wenn sie dann doch vor dem absoluten Nichts stehen, unsere modernen Kreuzträgerinnen, wenn sie nicht wissen, wie die hungrigen Schnäbel der Kleinen zu füttern sind, wenn die Wirtschaft zerfällt und Jahre voll qualvoller, miserabel gelohnter Arbeit folgen, dann dürfen sie am Ende von einem Golgatha reden, das ihnen geworden. Denn hier wird Leben und Gesundheit, hier wird alles geopfert, was das Dasein erträglich macht.

Wer im vergangenen Winter die lokalen Nachrichten großstädtischer Zeitungen verfolgt hat, dem werden die Symptome der besonders in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs kraft aufstrebenden Leiden des Volkes nicht entgangen sein. Wie oft haben wir von Selbstmorden gelesen mit dem trockenen Nachsatz: „Motiv: Nahrungsorgen.“ Oder: „Ursache: anhaltende Arbeitslosigkeit.“ Von den vielen Fällen ist uns einer besonders im Gedächtnis geblieben, weil er seinem Verlauf nach ein nicht alltägliches, seiner Ursache nach aber doch ein typischer war für die Kreuzträger unserer Zeit: Ein Schneider in einer Nachbarstadt Berlins war arbeitslos geworden. Er geriet mit seiner Frau und mehreren Kindern in die tiefste Not, weil alle seine Bemühungen, sich Erwerb und Brot zu verschaffen, fehlschlügen. Das häusliche Elend steig in so fürchterlichem Maße, daß der Mann außer Stande war, es länger mit anzusehen. Er verließ, von Verzweiflung getrieben, die Wohnung. Wochen vergingen, ehe man eine Spur von ihm entdeckte. Dann fand man ihn, einige Meilen von der Hauptstadt entfernt, in einem Walde zerlumpt, abgemagert, tot. Der Mann hatte sich — im Winter! — wie ein gequältes Tier vor der Menschheit verkrochen, hatte einige Zeit sein Nahrungsbedürfnis mit kümmerlichen Vegetabilien etc. zu befriedigen versucht und war dann buchstäblich verhungert! Der Reporter setzte dieser Mitteilung hinzu, daß der Unglückliche als ein arbeitsamer und ordentlicher Mann bekannt gewesen sei. Hier konnte also das satte Bürgerium sich nicht mit der beliebigen Ausrede trösten: „Nah, ein Winter! Ein Arbeitsfehler! Ein Stumpf!“ Wie ein Peitschenhieb auf schläfrige Pferde, so sollte man meinen, hätte dieser traurige Fall auf die schlaftrigen Gewissen der Bourgeoisie wirken müssen. Nichts davon. „Der Stein im Stumpf macht keine Ringe.“ Wir aber fragen: Hat dieser moderne Märtyrer nicht vielleicht viel, viel schwerer an seinem Kreuz getragen, als der nazarenische Dulder? Und, wenn sich alle die Elendshütten öffnen würden vor der Welt: müßte das moderne Golgatha nicht ungleich schrecklicher zum Himmel schreien, als das biblische? ...

Aber Christus ist für seine Tode gekreuzigt worden! Gewiß. Und heute?

Die Gefängnisdirektoren könnten uns antworten. Auch jene „Söldner“, die in einem Streikposten, einem Volksversammlungsredner, einem Medianten eines Arbeiterblattes böse Tiere erblicken, die womöglich gefesselt durch die Straßen geschleift, mit Pfählen angegraben und, was auch schon dagewesen ist, mit schweren Werkzeuhen zusammengeleitet werden. Jeder Monat bringt die lakonische Mitteilung des Parteivorstandes, daß über Personen, die in der Arbeiterbewegung tätig sind, so und so viele Monate Gefängnis verhängt worden sind. Zuweilen ist auch das Zuchthaus dabei. Wer spricht weiter davon? Die Straßen werden verblüht. Und die Leiden namentlich der Frauen und Kinder bleiben im Dunkeln. Der moderne Kreuzträger macht nicht viel Aufhebens von seinen „Berufs-unfällen“. Auch die nicht, die mit drei Kreuzen hinter

dem Namen in die „schwarzen Listen“ aufgenommen und als geschlechte Rebellen von Werkstatt zu Werkstatt, von Ort zu Ort gehetzt werden, weil sie für ihre Gewerkschaft, für ihre Forderungen, die ganze Persönlichkeit einsetzen.

Diese Einzelnen wachsen unter Umständen zur Masse, zum gewaltigen Heere — wenn der wirtschaftliche Kleinriegel sich ausbreitet zur Massenschlacht und die Gegner sich in langen Reihen gegenübersehen. — Wenn der Uebermut der bestehenden Pharisäer das Volk zu Tausenden auf die Straße wirft, weil es ein Zipfelfchen der ihm vorenthaltenen Rechte erobern, oder sich das Errungene erhalten will. Dann klingt der kämpfenden Arbeit nicht nur das „Kreuzige, Kreuzige!“ der Scharfmacher und der Südlinge, ihrer politischen Handlanger, dann tönt ihnen im Rücken auch das „Opfer!“ des Gebets und der stegenden Solidartät.

Und hier sind wir an dem Kreuzwege, da eine übernatürliche Auffassung und die Wirklichkeitsauffassung der Dinge sich trennen. Wir wissen, daß uns von den Leiden und Bedrückungen unserer Zeit kein einzelner erlösen kann, möge er heißen wie er wolle. Und wahr's eine zweite Heilandsgestalt, nie dürfte sie sagen: „Ihr werdet frei und glücklich durch mich.“ Denn das Ende der Leiden, das Glück und die Freiheit des Volkes können nur durch das Volk selbst, durch seine eigenen Kämpfe und Opfer herbeigeführt werden. Aus seinen eigenen Leiden quillt ihm die Erlösung, wird ihm ein höheres Leben werden. Der Arbeiter, der noch in dem Glauben lebt, irgend ein Führer könne ihn ohne eigene Mitwirkung in ein irdisches Paradies leiten, hat die Zeit und ihre Notwendigkeiten noch nicht begriffen. Wer ernstlich seiner Erlösung zustrebt, hat die eigene Haut zu riskieren. Niemand nimmt ihm das Kreuz, das schwere Kreuz der kapitalistischen Welt von den Schultern. Und leichter wird es nur dadurch, daß viele es tragen, daß alle sich stützen und schützen und an ihrer Befreiung von diesem Kreuze arbeiten.

Wir sind auf dem Wege. Auf dem einzigen Wege, der zu einer freudigen Auferstehung führt. Wer die Erlösung will, der muß die Wahrheit begriffen haben: **Kreuzträger sein heißt Fahnenträger sein!**

Die Demokratisierung Preußens.

Die Demokratisierung Preußens ist das politische Zentralproblem der Gegenwart. Wir erblicken im halb absolutistischen Preußen das schlimmste Hemmnis für eine fortschrittliche Politik des Reiches. Wir finden eine Tag für Tag auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, daß dort, wo die politische Machtverteilung in Preußen, die agrarische Weltanschauung als Rückhalt Machtfaktor alle Zustände im Götterreich zu regelt. Die Herrschaft des Grundbesitzers, die auf fast allen nicht agrarischen Gebieten schließlich der Klein- und Mittelbauern, so verbunden auch im übrigen die Interessen der verschiedenen Klassen sein mögen. Es sind denn auch nicht nur die Arbeiter, die den Druck der Gutsherrschaft von sich abwerfen möchten, nicht nur die ihrer Klassenlage nach demokratisch empfindenden Volksteile, sondern auch weite Schichten der Bestehenden und zünftige Gebildeten. — Trotzdem ist die preußische Wahlrechtsbewegung noch lange nicht in dem Sinne eine allgemeine Volksbewegung geworden, hat noch nicht den Umfang und die Energie gewonnen, wie sie ihrer Natur nach mußte. Verständlich, daß sie sich innerhalb der sozialen Schichten nach „oben“ hin abschwächt. Aber auch innerhalb der arbeitenden Klassen selber gibt es noch große Teile, die zweifelnd und zögernd abseits stehen. Und bei all den Launen und Halben handelt es sich, wie man in privaten und öffentlichen Diskussionen gelegentlich erfahren kann, nicht allein um Leute, die überhaupt keine starken politischen Interessen haben, sondern nicht selten auch um politisch angeregte Personen. Kein Zweifel: Es gibt in Preußen auch außer den unmittelbaren wirklichen Klassengegensätzen noch Tendenzen, die die demokratische Energie mancher Volksteile lähmen. Gerade die politische Geschichte des letzten Jahres seit der Reichstagsauflösung vom 13. Januar 1906 lehrt uns die Art und die starke Kraft dieser Tendenzen erkennen. Die Aera der Reichspolitik zeigt uns schärfer denn irgend eine frühere politische Periode, weshalb die Demokratie in Großpreußen so schwach ist: Das Feldgeschrei, mit dem man gegen die Sozialdemokratie und gegen die Scheindemokratie des Reichstags vorging, war: die nationale Reichspolitik.

Die Sozialdemokratie wurde unter der Wirkung dieses Feldgeschreies in ihrem gewohnten Siegesmarsch wesentlich gehemmt, und auch das Zentrum ist immer zögerlicher, die aus der Konstellation des 13. Dezember für diese Partei entstandenen, nicht ohne Nähe Herr geworden. Das zeigt sich in seiner jetzigen Politik. Denn das Zentrum ist dadurch, daß es in die Opposition gedrängt wurde, nicht etwa demokratischer geworden, sondern hat sich nun erst recht prinzipiell auf seine Reaktionswilligkeit festgelegt. Es verkündet alle Tage, daß es bereit sei, mit allen preußischen Erzeugnissen, die die Freundschaft des Zentrums haben wollen, nationale Reichspolitik zu betreiben. Der Reichsamt, selbst nach Bismarcks großpreussischen Erfolgen

noch jahrzehnte lang von demokratischen Instinkten beherrscht, ist endgültig in das Fahrwasser der nationalen Reichspolitik eingeschwenkt. Beide Parteikörper legen, hauptsächlich um ihres proletarischen Anhangs willen, noch Wert auf demokratische Fassade. Sachlich aber opfern sowohl Zentrum wie Reichsamt ihre demokratische Frontstellung gegen das Großpreuentum dem Instinkt nationaler Reichspolitik auf. Sene müßte sie an die Seite der Sozialdemokratie führen, dieser sie in die Arme des dynastisch-konterlich-kapitalistischen Halbabsolutismus.

Gewiß, daß Teile beider Parteien in diese Umklammerung hinein gehören. Aber ebenso sicher auch, daß die große Masse ihrer Anhänger und Mitläufer ihrer sozialen Stellung und ihren politischen Interessen nach in die Reihen der demokratischen Wahlrechtskämpfer hineingehört und nur durch den Instinkt der staatlichen Reichspolitik an der Enkultung demokratischer Energie gehindert wird. Die Idee der großpreussischen Reichspolitik, sei es als ernsthaft erfahrer Gedankengang, sei es in populärer Kriegsvereinsaufmachung, ist das stärkste Hemmnis für den preussischen Wahlrechtskampf. Sie ist es, die die Scheu vor dem Bündnis mit der Sozialdemokratie auch in der preussischen Wahlrechtsfrage scheinbar unüberwindlich macht.

Nun haben sich gewiß die Dinge seit dem vorigen Jahr nach mancher Richtung hin geändert: der 10. Januar 1908 brachte das Ende unserer stärksten politischen Isolation. In diesem Tage hat der Blockantizler die Liberalen denaigen brüßliert, daß ein nicht geringer Teil von ihnen, durch die Macht der Launen befehrt, der Sozialdemokratie in den aktuellpolitischen Fragen wieder wesentlich näher gerückt ist. Während wir vor dem 10. Januar in der schwierigen Lage waren, daß uns einfach das Ohr unserer Gegner, das Ohr breiter Schichten der Reichsamtler, fehlte, daß man uns weniger als vor der Blockära beachtete, haben wir seit dem 10. Januar als die energischsten Vorläufer des preussischen Wahlrechts, als die Partei, die sich allein über den reaktionären Charakter der Blockantizler Politik niemals der geringsten Selbstüberhebung hingeeben hat, wieder eine bessere öffentliche Meinung. Man fängt in den Reihen der Blockdemokratie wieder an, uns höher einzuschätzen, weil man sieht, daß unsere Haltung in einer politischen Zentralfrage die allein richtige war. Wir erleben einen neuen Aufschwung unserer politischen Konjunktur. Möglich, daß wir bei einer Reichstagswahl zurzeit nicht unter 4 Millionen Stimmen erhalten würden. Aber trotzdem kann man auch in Wahlrechtsreden ehrlicher Demokraten von Vortischen Flügeln machtpolitische Lüge anschlagen hören, die den grundsätzlichen Unterschied sozialdemokratischer und freisinniger Politik markieren sollen. So sehr wir von der Aufrichtigkeit des Wahlrechtskämpfers in gewissen linksliberalen Schichten überzeugt sein mögen: dieser Wahlrechtskämpfer reicht fast nirgends so weit, daß man die Demokratisierung Preußens um jeden Preis und mit allen Mitteln zu erkämpfen entschlossen ist. Eine wirklich revolutionäre Volksbewegung, auch wenn sie auf den Straßenkampf vorübergehen als ausschließliches Verzicht, ist in ihren Kampfmethoden erfindlich. Sie kann, wenn mit leidenschaftlicher Festlosigkeit vorwärts getrieben, schließlich zur Erschöpfung und Ermüdung der Staatsgewalt führen. Es scheint, als ob es in Preußen erst bis dahin kommen müsse. Vor dieser letzten Konsequenz aller Wahlrechtsleidenschaft scheuen jedoch die Mitglieder der Reformen fast ohne Ausnahme, und sie wissen, daß die Demokratie der Arbeiter nur ein Mittel zum Zweck ist, ein Mittel, um die Arbeiter zu erheben, so werden sie. Und die Arbeiter unter den liberalen Wahlreformern, die sich gerade von der Demokratisierung Preußens in der breiten Masse auf die Dauer eine Verfestigung der nationalen Machtinstänke, eine Steigerung der Verehrlichkeit zur Weltmachtpolitik und zur Uebernahme der damit verbundenen Lasten, versprechen, scheuen dennoch ein etwaiges Uebergangsstadium der Schwächung. Es ist, mit einem Worte, die alte preussische Staatsgesinnung, die zum Träger des neuen weltpolitischen Machtinstankes geworden ist und nur eine Konsequenz davon, wenn sie lieber auf innerpolitische Fortschritte als auf nationalpolitische Aktionsfähigkeit verzichten zu müssen glaubt.

Um diese Widerstände zu überwinden, bedarf es immer erneuter Anstrengungen, die machtpolitischen Instänke der noch von preussischer Staatsgesinnung erfüllten demokratischen Volksteile zu erweichen. So sehen wir, daß auch die Preußenfrage sich nicht lösen läßt, von den Fragen der allgemeinen Politik. Und wir glauben, daß dieser Zusammenhang auch ungeteilt wirksam ist: daß nicht nur das Schicksal der Preußenfrage von den herrschenden Auffassungen über die allgemeine Politik abhängig ist, daß vielmehr auch tatsächlich, wie es die nationalpolitischen Wahlrechtskämpfer ganz richtig empfinden, die Lösung der Preußenfrage von großem Einfluß auf die Entwicklung der allgemeinen Politik ist. Nur können wir nicht zugestehen, daß ein demokratisches, machtpolitisch gestütztes Preußen in der Welt unter die Köder kommen muß, sondern sind im Gegenteil der Auffassung, daß das Fortbestehen der alten preussischen Staatsgesinnung mit ihrem neuen weltpolitischen Inhalt immer mehr zu einer Gefahr für die weltpolitische Stellung Deutschlands wird.

Zielbewußt.

Wenn in einer der letzten Nummern des „Couriers“ ein sehr treffender Weise an die Pflicht für reine Wäsche zu sorgen gemahnt wurde, so sind doch sehr viele Kollegen noch immer, nicht in der Lage, diese Pflicht ausüben zu können, weil ihnen, wie sie sich selbst einbilden und auch oft aussprechen, das Zeug dazu fehlt, um irgend wie agieren zu können. Wenn

auf jede Frage nach reiner Wäsche eine besahende Antwort zu erwarten wäre, dann würde diejele auch viel öfter gestellt werden. Weil das aber nur sehr selten geschieht, ist der beste Beweis dafür vorhanden, daß den meisten dazu berufenen, und das sind alle organisierten Kollegen, das Pflichtbewußtsein fehlt.

Es ist dieses ein bestehendes Uebel, welches wie ein großer Fennschuch die Arbeiterbewegung hindert, schnellere Fortschritte zu machen. Die meisten Kollegen glauben wohl und ganz ihre Pflicht damit erfüllt zu haben, wenn sie sich dem Verbands angeschlossen, Beiträge bezahlen und auch mal hin und wieder eine Versammlung besuchen.

Am das wichtigste aber, was notwendig ist, um das Heer der Indifferenten zu lichten und das der Organisierten zu vermehren, damit die Kämpfe leichter zu führen seien und demgemäß die Errungenschaften größer werden, um das bekümmern sich die wenigsten.

In dem guten Glauben des Pflichtbewußtseins übergehen sie das Zielbewußtsein vollständig. Ihnen ist die große, heilige Idee, welche sich die modernen Arbeiterorganisationen zum Ziele gestellt haben, die Arbeiterschaft aus den Fesseln des alles menschliche negierenden Kapitalismus zu befreien, fremd geblieben. Fremd ist ihnen das Hoheitsgefühl ihres eigenen Selbst, das Bewußtsein ihrer eigenen produktiven, alles schaffenden Enkraft wie ihrer Menschenwürde überhaupt. Es genügt noch lange nicht, mit dem Bewußtsein eines trotenden Strategen sich schlafen zu legen und am Tage des Kampfes von der wirbelnden Trommel weden zu lassen. Viel mehr Ehre und Freude liegt darin, selbst die Werbetrümmer rühren zu können, um die Schläfer wach rütteln zu helfen, deren Pfleghma wir es leider nur zu verbanken haben, daß noch immer die Erfolge unserer Wünsche nicht entsprechen. Viel weniger ist der größte Feind der Arbeiterschaft in den Reihen der Gegner, als in unseren eigenen Reihen zu suchen. Deshalb aber auch erfüllt jeder organisierte Kollege erst dann voll und ganz seine Pflicht, wenn er unablässig bemüht ist, den größten Feind in den Reihen seiner eigenen Kollegen, den Indifferentismus, zu bekämpfen. Gewiß ist es nicht leicht für uns Arbeiter, die täglich in harter Arbeit um ihr Dasein ringen, sich in den wenigen Abendstunden, die uns zur Erholung des abgspannten Geistes und Körpers dienen sollen, die nötigen Kenntnisse anzueignen, grund deren man in der Lage ist, Zweck und Ziel der Organisation jedem Fernstehenden klar zu machen.

Aber wie jeder Soldat eines modernen Staates die Handhabung des Schießprügels verstehen muß, um wirksam seine Pflicht erfüllen zu können auf Befehl von oben herab, ebenso ist es eine noch größere, die Handhabung der ihm zur Verfügung stehenden Kampfmittel zur Aufklärung seiner Kollegen zu ihrem vollen Nutzen, was er für die Organisation tut, das tut er für sich selbst. Der Selbsterhaltungstrieb, das Recht nach einer besseren Existenz zu streben, bedingen das Bestehen, das Wachsen und Gedeihen einer starken Organisation. Dem nur durch die Kraft dieser ist es möglich, die Fortschritte vorzutreiben zu können, die schon auf allen Gebieten in erheblichem Maße errungen sind. Und nur derjenige Kollege, welcher in der Lage ist, jedem Indifferenten klipp und klar an statistischen Zahlen und Diagrammen nachzuweisen, was seine Organisation zum Wohle der gesamten Arbeiterwelt in ihren Familien gebracht hat, ist in der Lage, die Arbeiter zu überzeugen.

Der ist es kein Zweifel, daß der Familienwart, wenn er Verkürzung der Arbeitszeit, erhöhte Löhne erlangen, Anspruch auf Rechtschutz, Arbeitslosen, Krankenunterstützung, Sterbegeld usw. hat?

Und das letztere, kann es etwas Überzeugenderes geben, als wenn man jedem indifferenten Kollegen mit Stolz nachweisen kann, daß die Organisierten durch das Institut, genannt „Verband“, die wahre, echte und rechte Bruder- und Nächstenliebe im wahren Sinne des Wortes hegen und pflegen? Was seit 1900 Jahren die Vertreter des Christentums predigen und die ganze sogenannte bessere Gesellschaftsklasse mit frommem Augenverbrehen unterstützt, das wird von der organisierten Arbeiterschaft praktisch geübt und durchgeführt, ohne jede Hilfe von oben.

Eine kulturhistorische Bedeutung haben die modernen Arbeiterorganisationen gerade darin, daß durch ihre leistungreichen Einrichtungen die Arbeiterschaft vor der Verlesung bewahrt bleibt, in welche sie andernfalls durch die wahlstimmige Produktionsweise des heutigen Kapitalismus verfallen würde.

Weil aber der Verband es ist, der in jeder Beziehung das Interesse jedes Mitgliedbes schützt und wahrt, ist auch jeder unbedingte verpflichtet, als tapferer Kämpfer für denselben in den vordersten Reihen zu stehen und zielbewußt mit Geschick die Waffe der Aufklärung zu handhaben. Mit großem Fleiß haben einzelne Kollegen die Waffen für unseren Verband geschaffen, deren jeder mit Leichtfertigkeit bedienen kann, sobald er sich mit dem gebotenen Material einigermaßen vertraut gemacht hat. Durch dieses Aufklärungsmaterial wird jeder Kollege in die Lage versetzt, ohne viele kostbare Zeit verwenden zu müssen, die sonst zum Studium der Gewerkschaftsbewegung notwendig ist, seine Mitkollegen von der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Verbandszugehörigkeit überzeugen zu können.

Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der sie täglich sich erkämpfen muß!

Drum auf Kollegen! Erreißt die Waffen und stürzt in die vordersten Kampfzeihen mit der Losung:

Vorwärts! Du mußt! Unentwegt, zielbewußt!

Ans unserem Beruf.
Automobilföhrer.

Berlin. Nachdem im Herbst vorigen Jahres eine Sektionsleitung der Automobilföhrer gebildet worden war, wird es immer mehr möglich, über diesen Beruf eine Uebersicht zu gewinnen. Aus tatsächlichen Gründen ist es notwendig geworden, die Neuwahlen der Leitung auf das Frühjahr zu verlegen. So gab denn in der letzten Versammlung die Sektionsleitung für das Winterhalbjahr ihren Tätigkeitsbericht. Eine Zusammensetzung aller Automobilföhrer, welche dem deutschen Transportarbeiter-Verband in Berlin angehören, war diesmal leider noch nicht möglich. Es kommt dies daher, daß noch ein großer Teil der Privat- und Geschäftsaufomobillföhrer der Ortsverwaltung 1, 2 und 3 angehören. Eine Zusammenfassung aller Kollegen in einer Sektion muß daher eine der nächsten Aufgaben für die Leitung mit sein. Die Automobilföhresektion, welche zur Ortsverwaltung 4 gehört, zählte am 1. April 08 1000 Kollegen. In dem ersten Quartal 1908 wurden 78 Kollegen neu aufgenommen, 39 Kollegen erloschten Rechtsfuß und 34 Kollegen nahmen die Krankenunterstützung in Anspruch. Zur Schließung von Betriebsfreirgkeiten griff die Sektionsleitung in 8 Fällen ein und wurden dieselben immer zur Zufriedenheit aller Beteiligten geschlichtet. Die Streitigkeiten waren in den meisten Fällen auf das launige und einfältige Benehmen der Betriebsleiter zurückzuführen. Bei dieser Gelegenheit ist aber auch eine Mahnung an die Kollegen am Platze, bei solchen Differenzen nicht immer gleich zum äußersten Mittel zu greifen, d. h. Ruhe und Ueberlegung mehr als bisher walten zu lassen, dadurch werden wir auch, wie schon bewiesen, mit dem nervösesten Unternehmer fertig. Ihre Arbeit bewältigte die Sektionsleitung außerdem in 8 Sitzungen, 4 Brauereimännerversammlungen, 18 Betriebsbesprechungen und 6 Versammlungen. Die Diskussion darüber verlief befruchtend und wurde der Wunsch ausgesprochen, die Sektion immer noch weiter auszubauen. Die Neuwahl der Leitung ergab folgendes Resultat: Kollege Rettig als Sektionsleiter und die Kollegen Abraham, Spierling, Schauerel und Franke als Mitglieder der Sektionsleitung. Zwei Anträge wurden der Ortsverwaltung überwiesen. Die nächste Agitationsversammlung findet am 15. Mai statt.

Düsseldorf. Einen schönen Erfolg hat die Organisation unter der heißen Droshen-Chauffeuren zu verzeichnen. Von den 45 hier fahrenden Kollegen gelang es, alle bis auf einige unter der Fahne des kämpfenden Proletariats zu sammeln. Der erste Schritt wurde getan, im Vertrauen auf die Solidarität untereinander und er gelang. Lassen die Kollegen bei allem, was von nun an unternommen wird, sich von dem kollektalen Gefühl leiten. Alle für einen und gegen alle. So werden Erfolge nach jeder Richtung hin zu verzeichnen sein. Als noch die Gründung der Sektion in ihren Geburtswehen lag, waren die materiellen Erfolge der Organisation der Geburt fast voraus geeilt. Am Dienstag erfolgte die Aufnahme der Kollegen in den Verband und am Donnerstag bereits wurde den Führern von der Betriebsleitung mitgeteilt, daß auf ihre Anfrage von Montag um Lohnerhöhung eine solche von 2,50 Mk. pro Woche stattfände.

Fünf Mark hatten die Kollegen beansprucht und 2,50 Mk. wurde von den Unternehmern bewilligt. Wenn das Verfahren bei der betreffenden Gesellschaft so unhöflich ist, die Hälfte von dem zu geben, was beansprucht wird, werden die Chauffeure dort in Zukunft sich danach richten müssen und wenn sie den zu ihrem Lebensunterhalt erforderlichen Verdienst ausrechnen, doppelt so viel ausrechnen, wie sie eigentlich haben wollen, der Unternehmer zieht die Hälfte ab und die Rechnung stimmt — und sie bleiben für immer gute Freunde mit der Gesellschaft.

Aber eins werden die betr. Kollegen jetzt nach der Lohnerhöhung unbedingt machen müssen. Sie nehmen sich ein Blatt Papier und einen Bleistift und rechnen mal ganz genau aus, wer es eigentlich ist, der die Werksbeiträge bezahlt und wer diejenigen sind, die alle Nutzenkühnungen einer auf dem Fundament "Klassenbewußtsein" ruhenden Organisation haben.

Je dichter der Ring, desto widerstandsfähiger ist er. Noch weist unter Ring einige Lücken auf. Unsere erste Aufgabe ist es vor der Hand, die Kollegen, die diese Lücken offen stehen lassen, zu veranlassen, den Ring Solidarität bis auf den letzten Mann zu schließen. Je weniger Mann noch seitwärts stehen, desto größer wird das Vertrauen zu unsern Unternehmungen, desto sicherer alle unsere Erfolge.

Nachdem die hiesigen Droshen-Chauffeure zum Transportarbeiter-Verband gehören, ist es Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters, bei Narambolagen, Unfällen usw. auf der StraÙe hilfreiche Hand zu leisten und sich gegebenenfalls als Zeuge für den betroffenen Chauffeur zu melden. Das letztere ist in allen Fällen von eminenter Wichtigkeit.

Bierfahrer.

Rattowik. Streit bei der Brauerei Wünsche. Im Laufe des vergangenen Winters gelang es uns, die Kollegen in der Brauerei Wünsche zu organisieren. In dieser Zeit kamen so viele Mißstände zur Sprache und zeigte es sich, daß die dortigen Lohn- und Arbeitsbedingungen bringend besserungsbedürftig waren. Es wurden mehrere Betriebsbesprechungen abgehalten und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Prüfung unterzogen. Das Resultat war: daß der Geschäftsführer unserer Zahlstelle beauftragt wurde, einen Tarif auszuarbeiten und diesen an den Hauptvorstand einzufenden, sowie

dessen Einwilligung zu einer Lohnbewegung einzuholen. Das geschah und der Hauptvorstand gab seine Einwilligung.

Am 26. März, abends, wurden die Forderungen abgeleitet und Herrn Wünsche eine Frist von drei Tagen zur Rückäußerung gegeben. Am 28. März früh entließ Herr W. unseren Vertrauensmann, weil er nachmittags um 1/3 Uhr nicht mehr nach Myslowitz fahren wollte. (Der Kutscher wollte deshalb nicht mehr fahren, weil es sehr spät geworden wäre und Ueberstunden nicht bezahlt wurden.) Als deshalb der Verbandsvertreter intervenierte und ersuchte, den Kutscher wieder einzustellen, erklärte Herr W.: er, der Kutscher, hätte es schon öfter so gemacht und außerdem die Leute verriecht gemacht! Er würde ihn nicht mehr einstellen. Auf die Frage, ob Herr W. nicht bezüglich des Tarifs verhandeln wolle, gab er die Antwort: Mit den — Transportarbeitern habe er nichts zu tun; im übrigen verdienten seine Kutscher so viel, daß sie zufrieden sein könnten; wenn er mal Zeit hätte, würde er mit seinen Leuten allein verhandeln. Selbstverständlich konnte sich der Verbandsvertreter damit nicht zufrieden geben; und da sich die Leute solidarisch erklärten, so traten sie in den Streit.

Es legten fünf Kutscher, drei Arbeiter und der Maschinist die Arbeit nieder, aber Herr Wünsche eilte süß zur Feuerwehr, man sollte ihm doch 4 Mann zur Verfügung stellen, dies geschah nun allerdings nicht. Aber einen Mann (18 Jahre) bekam er doch und dieser mußte sich der verwaisten Maschine annehmen. In der Brauerei waren noch die Flaschenjungs (Burschen von 14—16 Jahren) verblieben. Diese mußten sich nunmehr auf den Boden setzen und Kutscher spielen, es fuhren allerdings die Herren Söhne mit, ja mit dem einen Wagen ging Frau Brauereibesitzer Wünsche selbst mit. Trotz dessen konnten sie keine Geschäft machen, da die Kundschaft vorher durch ein Flugblatt darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Kutscher im Streit stehen. Mittlerweile hatte sich ein Streikbrecher gefunden. Der Kutscher Johann Scharrf, der erst kurz zuvor bei Wünsche eingestellt worden war, hatte Sonnabend früh mit den andern die Arbeit niedergelegt. Er war auch bis nach 9 Uhr zur Stelle, auf einmal gab er vor, etwas besorgen zu müssen, er kam nicht mehr zurück, weil er dem Wagen, der seine Tour fuhr, nachgegangen war, den Jungen zu Hause schickte und selbst fuhr. Am Nachmittag war wieder ein Streikbrecher zu verzeichnen. Johann Moras, ein junger Mensch von 20 Jahren, der bei Wünsche beschäftigt war, aber die letzte Zeit blau gemacht hatte, machte, trotzdem er hoch und heilig versprach, nicht zu fahren, den zweiten Streikbrecher. Mittags erklärte sich der Böttcher Max Proste mit den Streitenden solidarisch, um sich nachmittags auf Umwegen wieder in die Brauerei zu schleichen und so den dritten Streikbrecher zu machen. Soss hatte sich nur noch ein Gelegenheitsarbeiter Herrn Wünsche zur Verfügung gestellt. Am Abend kam der Gauleiter und ging zu Herrn Wünsche. Aber auch jetzt noch verhartete Herr Wünsche auf dem Standpunkt, mit den Transportarbeitern nicht zu verhandeln. Als am Montag früh unser Geschäftsführer wieder zu Herrn W. ging, zeigte er Entgegenkommen, nur den einen Kutscher (Kollegen Hirschberg) wollte er nicht mehr einstellen. Er teilte dies den Kollegen mit. Hierauf erklärte Kollege Hirschberg, er trete freiwillig zurück, da er einer Einigung nicht im Wege sein wolle.

Es wurden nunmehr zwischen dem Vertreter unseres Verbandes und Herrn Brauereibesitzer Wünsche folgende Bedingungen geschlossen: Die Kutscher erhalten auf 1 1/2 Mark Lohn von 20 Mk., auf 1000 verarbeiteten Flaschen Bier 1 Pct., auf zurückgebrachte leere Gebinde für 1/4 5 Mk., 1/2 10 Mk. Provision. Jeder Arbeiter und der Maschinist erhält sofort eine Zulage von 1 Mk. Eine weitere Zulage von 1 Mk. erfolgt im Laufe des Monats.

Die Ueberstunden wollte er bezahlen, jedoch wollte er dies selbst mit den Arbeitern vereinbaren. Für das Aufheben der Sonntagsfahrten ist Herr Wünsche zu haben, wenn eine Verständigung mit den Brauereien und Bierverlagsgesellschaften herbeigeführt würde. Tariflich wollte sich Herr Wünsche nicht binden. Er sagte, sein Wort sei ebenfalls so viel wert, wie seine Unterschrift.

Kollegen, wenn es uns auch nur gelingen ist, einiges zu erringen, so können wir in Anbetracht der Umstände trotzdem mit dem Erfolge zufrieden sein. Bedeutet doch die Lohnzulage bei den Kutschern pro Woche mindestens 3,50 Mk. An uns wird es nun liegen, für den Verband weiter zu wirken und zu arbeiten, damit wir das, was wir jetzt nicht erringen haben, bei gelegener Zeit nachholen können.

Leipzig. Die Fah- und Flaschenbierarbeiter hielten am 26. März eine von über 400 Personen besuchte Versammlung ab, worin sie sich gegen den vom Leipziger Brauereiverband vorgelegten Tarifentwurf wandten. Der Referent Kollege Nöber betonte, daß die uns zugegangene Vorlage alle Erwartungen übertroffen habe; denn jedes Entgegenkommen in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit sowie Erhöhung des Lohnes fehle. Wenn die Unternehmer für ihre ablehnende Haltung die verköhrte Zollpolitik des Deutschen Reiches verantwortlich machen, so müssen sie sich an die Macher dieser Zollpolitik halten.

Welche Wirkung die Einführung des vom Brauereiverband vorgelegten Lohnariffs haben würde, zeigt Nöber an zahlreichen Beispielen. Bei den Flaschenbierfahrern, die in ihrer überarösen Mehrzahl heute schon Grundlöhne von 20 bis 25 Mk. und die gleichen Prozente beziehen, würde der Lohnabzug, da die Brauereien nur 12 Mk. Grundlohn zahlen wollen, 4 bis 12 Mk., ja in verschiedenen Fällen sogar 16 bis 19 Mk. pro Woche betragen.

Den Fahbierfahrern wollen die Brauereien auf der einen Seite 3 Mk. pro Woche Lohnzulage „ge-

währen“; durch Entziehung des Hausstrunks, der doch ein Teil des Lohnes ist und auch versteuert werden muß, wird denselben Personen 3,60 Mk. pro Woche wieder abgezogen. Damit nicht genug. Die in einzelnen Betrieben gewährten Prozente für zurückgebrachte Flaschen sollen verschwinden. Dem Höchstlohn Bierfahrer im Jahre 1913 erreichen. Dabei müsse festgestellt werden, daß in einer Anzahl von Biernebelagen und Transportbetrieben seit Jahren schon ein Wochenlohn von 28 Mk. gewährt werde.

Genau dieselben Verschlechterungen finden sich auch bei den Fah- und Flaschenbierfahrern sowie bei den Keller- und Hofarbeitern. Bei den zuletzt Genannten tritt dieses um so schärfer hervor, da ein ganzer Teil Arbeiter vor fünf Jahren schon 22 Mk. pro Woche bezog und nun seit dieser langen Zeit, trotz bedeutend gesteigerter Lebensverhältnisse, keinen roten Pfennig Lohnzulage erhalten hat. Diesen Kollegen will man quädligst 3 Mk. pro Woche zulegen, um auf der andern Seite wieder 2 bis 3,60 Mk. abzuziehen zu können.

Außer diesen Bestimmungen bringt aber die Unternehmersvorlage noch eine ganze Anzahl anderer Verschlechterungen, so daß die paar Verbesserungen, wenn von solchen überhaupt gesprochen werden kann, gar nicht in Betracht kommen können. Genau so unangünstig liegen die Dinge auch bei den Bestimmungen des partitischen Arbeitznachweises usw., ein reines Paragrafengebäude, das am besten im Orkus verschwindet.

Nach einer kurzen Diskussion wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die den 26. März im Etablissement Livolitagende, stark besuchte Versammlung der Fah- und Flaschenbierarbeiter von Leipzig und Umgegend nimmt Kenntnis von den Beschüssen des Brauereiverbands und spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß durch die neue Tarifvorlage der Unternehmersvereinigung den in den letzten Jahren ganz bedeutend gesteigerten Lebensverhältnissen der Arbeiter auch nicht die geringste Beachtung geschenkt wird.

Dieses ist um so bedauerlicher, weil dieselbe Vereingung in ihrer Begründung gegen die städtische Biersteuer ausdrücklich hervorhob, daß bei Annahme der Vorlage die Arbeiter in erster Linie geschädigt würden und eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht platzgreifen könnte.

Nachdem nun die Vorlage im Stadtverordnetenparlament gefallen ist, kommt der Brauereiverband und macht ein Anerbieten, das eine schwere wirtschaftliche Schädigung der Arbeiter bedeutet.

Nicht nur wird eine Verkürzung der Arbeitszeit strikte abgelehnt, sondern die Unternehmersvereinigung versucht auch, ganz horrenden Lohnkürzungen vorzunehmen. Gegen derartige Maßregeln werden sich die Versammelten ganz entschieden zu wenden wissen; sie erklären, einem solchen Lohnariff niemals zuzustimmen.

Die Tarifkommission wird beauftragt, diese Resolution dem Brauereiverband zu übermitteln und gleichzeitig anzufragen, ob derselbe gewillt ist, mit ihr über die eingereichten Forderungen zu verhandeln.

Sollten die Verhandlungen abgelehnt werden, oder nicht zu dem gewünschten Resultat führen, so ist die Tarifkommission verpflichtet, eine weitere Versammlung einzuberufen, wo die Kollegenschaft sich eine endgültige Beschlußfassung vorbehält.

Leipzig. Die Fah- und Flaschenbierarbeiter hielten am 3. April eine gutbesuchte Versammlung ab. Genosse Schöpflin hielt einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über den deutschen Bauernkrieg. Hierauf erstattete Kollege Nöber den Bericht der Sektionsleitung über die Tätigkeit vom verfloffenen Quartal. Daraus war zu entnehmen, daß stattgefunden haben: 5 Versammlungen, 2 Brauereimännerversammlungen und 3 Sektionsleitungssitzungen, sowie 20 Betriebsbesprechungen. Außerdem machte es sich nötig, daß wiederholt Verhandlungen mit verschiedenen Unternehmern wegen ausgebrochenen Differenzen geführt werden mußten. Letztere fanden zur Zufriedenheit der Kollegen ihre Erledigung. Ueber den Stand der Lohnbewegung gab Nöber bekannt, daß mit verschiedenen Unternehmern bereits Verhandlungen geführt wurden. Das Resultat sei, daß den Flaschenbierfahrern ein Grundlohn von 26,50 Mk. bezüg. 27,50 Mk. außer Prozenten zugesprochen ist. Dieses sei, zum Gegenatz des Brauereiverbands, welcher nur 12 Mk. Grundlohn zahlen will, ein bedeutend besseres Angebot. Solches sei auch zutreffend bei den Löhnen der Malfahrer, Hof- und Kellerarbeiter, ganz besonders aber bei den Flaschenbierfahrern.

Während hier der Brauereiverband, unter Entziehung des Hausstrunks, nur 26 Mk. pro Woche bei unbeschränkter Arbeitszeit zahlen will, ist in andern Betrieben das Zuständnis weit günstiger, indem dort den Fahbierfahrern unter Verbehaltung des Hausstrunks 27,50 Mk. und für zurückgebrachte leere Flaschen pro Hektoliter 5 Pct. zugesprochen wurde. Außerdem soll die regelmäßige tägliche Arbeitszeit 10 Stunden nicht überschreiten. Die Verhandlungen mit den Vertretern des Brauereiverbands über die eingereichten Forderungen haben begonnen und es wird sich ja zeigen, inwiefern die Unternehmer den Arbeitern entgegenkommen. Nach Erledigung der Verhandlungen, die in kommender Woche beendet werden dürften, wird die Sektionsleitung eine Versammlung einberufen und den Kollegen Bericht erstatten. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Fischer, Trinx und Kalbitz im Sinne des Berichterstatters. Hierauf wird Stellung zur Malfahrer genommen und beschlossen, in diesem Jahre sich möglichst vollständig an derselben zu beteiligen. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, ein Zirkular nebst UrLaubliste herzustellen und den Betriebsvertrauensleuten zu übermitteln. Pflicht der Kollegen muß es sein, sämtlich die UrLaubliste zu unterzeich-

n.

nen und für vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. Nachdem der Vorliegende, Kollege Klabitz, noch zum Abnomment auf die Leipziger Volkszeitung aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Droschenführer.

München. Die Lohnmischerinnung Münchens erließ eine Erklärung in sämtlichen bürgerlichen Blättern, worin sie sich verwahrt, nur deshalb ausgeperrt zu haben, weil die Gehilfen sich weigern, einen Tarif zu unterzeichnen, der sie verpflichtet, weitere 3 Jahre lang ohne Aussicht auf genügende Entlohnung zu fronden und die Bedingung enthalte, aus der Organisation auszutreten. Aus welchem Grunde hätte denn sonst die Aussperrung stattgefunden? Sie schreiben ja selbst: „Der einzige Grund der Aussperrung ist, daß von den Streikenden beschlossen wurde, den Streit jetzt abzubrechen, die Arbeit ohne Tarifvertrag zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen und die Forderungen zu gelegener Zeit wieder geltend zu machen. Das bedeutet nichts anderes, als die alte Drohung wahr zu machen und zur Ausstellungszeit wieder zu streiken. Dies mußte im eigenen, sowie im Interesse unserer Stadt als Fremdenstadt vermieden werden und deshalb müssen die Streikenden so lange fern gehalten werden, bis durch Majoritätsbeschluss der provisorisch vereinbarte Vertrag anerkannt wird.“ Man hat also den Mut, das, was man ein paar Zeilen weiter unten bestätigt, als unwahre Behauptung hinzustellen. Daß die Lohnmischerinnung nicht die Forderung aufstelle, daß die Lohnmischer aus der Organisation austreten müssen, geben wir zu, bestreiten aber zugleich, daß mehr als zwei Duzend ehrengeachtete Prüfungsmitglieder gleich nach Beendigung des Streiks an die Kutsche dieses Verlangens stellten, was allerdings zurückgewiesen wurde. Die Organisation hat die Streikenden niemals gehindert, den Tarif zu unterzeichnen, wußte sie doch, daß dieser Tarif den erhofften Frieden nicht bringt. An der Lohnmischerinnung ist es, Einkehr zu halten, an der letzten Bewegung zu lernen, daß nur durch Abschluß eines Tarifvertrages mit der maßgebenden Organisation, den beiden Kontrahenten, einen dauernden Frieden bringt. Der enorme Schaden, den sie gehabt haben und für sie unelbringbar ist, dürfte ihren Scharfmacherslandpunkt zurückgedämmt haben. Die Organisation war und ist stets bestrebt, in Frieden zu verhandeln, wenn man aber glaubt, sie auszuschalten oder an die Wand drücken zu können, so wird man an ihr, trotz aller Machinationen der Verteilungspolizei, einen gewappneten Gegner finden.

Fensterputzer.

Königsberg i. Pr. Die hiesigen Kollegen, die fast alle mit 2 oder 3 Ausnahmen unserm Verband angehören, hatten schon seit Wochen beschlossenen, Forderungen einzureichen. Am 25. März wurden der größeren Firma S. Friesecke Nsch., Inh. Schiburr, unsere Forderungen zugestellt. Am 27. vor Beginn der Arbeit, sagte der Inhaber, daß er mit dem Verbands nicht verhandeln wolle. Drei Stunden darauf hatte sich Herr Schiburr doch besonnen und telefonierte beim Verbandsbüro an. Eine mündliche Verhandlung wurde angesetzt auf nachmittags 4 Uhr. Diese Verhandlung dauerte bis nach 7 Uhr und verlief völlig resultatlos. Eine Versammlung an demselben Abend besaßte sich damit und gab dem Kollegen Schiburr den Auftrag, für den anderen Tag eine neue Verhandlung anzubahnen. Einmal mehr wurde die Verhandlung am nächsten Tag vorgenommen, welche die erneute Verhandlung über die Berechnung einer einstufigen Mitgliedschaft für 6 Uhr dauerte. Das Resultat war eine Einigung, welche für folgende Kollegen Lohnzulagen brachte:

Kultel bisher	18,50 Mt.,	jetzt 22 Mt.
Klaser	19,00	22
Masche	18,00	20
Schreiber	18,00	20
Nahrung	17,00	20
Schiltte	13,00	14
Wodstan	11,00	13
Miskau	11,00	12
Roblum	10,00	12
Berg	9,50	10
Serted	19,00	22

Nacharbeit und Sonntagsarbeit wird nicht mehr stattfinden. Für Bohner wird Aufschlag bezahlt. Wöchentliche Kündigung wird festgesetzt.

Während der ganzen langen Verhandlung war Herr Schiburr schrecklich aufgeregt, er war manchmal sehr unfein, aber wir wollen nicht nachträglich sein.

Freiwilligen müssen wir aber, daß Herr Schiburr erklärte: „Seitdem die Fensterputzer in Ihrem Verband sind, sind sie etwas vernünftiger.“ Es freut uns dies umso mehr, da Herr Schiburr noch vor 1/2 Jahre jeden entlassen wollte, der Mitglied unseres Verbandes war. Am 30. März wurde auch bei den Unternehmern Grigo und Sperling unsere Forderung eingereicht. Nach Ablauf der gestellten Frist weigerten sich am 2. April, morgens 6 Uhr, sämtliche in beiden Betrieben arbeitenden Putzer, die Arbeit aufzunehmen.

Der Unternehmer Sperling verhandelte kurz mit den Verbandsvertretern, bei welcher für jeden Kollegen 2 Mt. Lohnzulage gewährt wurde, so daß die Arbeit mit einer halben Stunde Verspätung aufgenommen wurde.

Am ging unser Verbandsvertreter zu dem Unternehmer Grigo, dessen Arbeiter wohl vor dem Geschäftskolal standen, aber die Arbeit ebenfalls nicht aufnahmen und wurde nach kurzer Verhandlung gleich im Kontor dieses Herrn ein Lohnvertrag ausgearbeitet, welcher den dort beschäftigten Kollegen Lohnzulage von 2 Mt. pro Woche bringt und außer sonstigen kleinen Verbesserungen auch einen jährlichen Urlaub von drei Tagen unter Fortzahlung des Lohnes. Die

Königsberger Putzer freuen sich, daß die Arbeitgeber die Organisation anerkennen resp. mit dem Verband verhandeln mußten. Die Erfolge, die wir erreicht haben, konnten wir nur durch Hilfe des Verbandes erlangen, weil sich die Königsberger Fensterputzer durch die Organisation Respekt errungen haben, dadurch war es möglich, ohne Arbeitsniederlegung und ohne einen Pfennig Gelddausgabe diese Lohnzulagen und die anderen Vorteile zu erzielen. Kollegen, seid aber auch dankbar dem Verband, tut Eure Pflicht mehr als bisher, es darf kein Kollege in Königsberg sein, der nicht ein treues, eifriges Mitglied ist.

Muhrort. Am 22. März tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Sektion Fensterputzer. Der Sektionsleiter wies in erster Linie darauf hin, daß unter unseren Kollegen eine viel bessere Agitation entfaltet werden müßte und wies man auch auf die Bedeutung des in letzter Zeit vielbesprochenen Fensterputzer-Kongresses hin. Nach einer sehr lebhaften Debatte, in welcher das Für und Wider erwogen wurde, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Resolution.

„Die heute versammelten Fensterputzer der Verwaltungsdulzburg halten die Einberufung eines allgemeinen Fensterputzer-Kongresses Deutschlands vorläufig nicht für notwendig. Viel wichtiger erscheint ihnen die Einberufung von Konferenzen der Fensterputzer, da unbedingt für jeden Gau ein einheitliches Wohngebiet geschaffen werden muß, dies jedoch nur durch eine gemeinsame Agitation aller Sektionen möglich ist. Wir ersuchen daher den Gauleiter, in allerhöchster Zeit eine Konferenz aller im Gau Rheinland und Westfalen beschäftigten Fensterputzer einzuberufen.“

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Handelsarbeiter.

Vertragsstreue der Unternehmer. Die unseren Kollegen wie der Berliner Arbeiterklasse so gut bekannte Firma M. Jandorf scheint ganz eigenartige Begriffe über die Pflicht der Innehaltung eines einmal abgeschlossenen Tarifvertrages zu haben. Wiederholt hat sie bereits vom Berliner Gewerbegericht zur Innehaltung des Tarifvertrages verurteilt werden müssen. Auch das Gesetz über den Ladenschluß und die ununterbrochene Ruhepause des Personals, scheint ihr ein Buch mit sieben Siegeln zu sein. Freilich dieselbe Polizei, die Jandorf zur Zeit des Boykotts so vortrefflich in Schutz zu nehmen verstand, ist jetzt von all den Gesetzesübertretungen der Firma absolut nichts. Gekocht noch lange so, dann werden wir uns bei Gelegenheit erlauben, dem Auge des Gesetzes schärfere Scharf zu vermittel.

Wie es die Firma versteht, die freiwillige Mitgliedschaft beim gelben Verein herbeizuführen, darüber belehrt uns eine Zuschrift eines bei der Firma angestellten Hausdieners, der wir hier Raum geben wollen. Diese lautet:

„Es dürfte doch auch der Redaktion wie dem Verbands bekannt sein, wie leicht ein „Grund“ gefunden wird, bei der Firma entlassen zu werden. Genügt doch unter Umständen schon ein Rädheln eines Hausdieners, wenn er nicht bestimmt nachweisen kann, worüber er gelacht hat, zur Entlassung. Würden sich deshalb die Hausdiener usw. dem Verbands anschließen, so wären sie binnen Kurzem aus irgend so einem „Grund“ draußen. Eindeutiger dieses will damit bloß nachweisen, daß der Begriff „gelbe Gewerkschaft“ doch wohl nicht richtig wiedergegeben ist. Es dürften wenige sein, die dem von „Inhaber“ und „Helfer“ in der „Inhaber“...“

Die Firma Jandorf sorgt also selbst in eifrigster Weise dafür, daß ihren schicksalgebundenen Arbeitshilfligen die Augen geöffnet werden. Solche Erziehungsstätigkeit ist sicherlich nicht zu unserem Nachteil.

Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hielt am 2. April 1908 in Hamburg, Weisenbinderhof, eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand der Gegenstand: Anträge aus den Vereinen. Es wurde zunächst generell entschieden, daß nach dem mit dem Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgruppen Deutschlands abgeschlossenen Tarif eine etwa geleistete siebente Schicht nicht in die regelmäßige Arbeitszeit falle. Nach Punkt 1. Abs. 2 des Tarifes sind wöchentlich nur sechs Schichten zu leisten. Alle Arbeiten außerhalb der sechs Schichten sind nach Punkt 4 des Tarifes mit dem festgesetzten Stundenlohn für Ueberstunden besonders zu bezahlen. Ferner wurde entschieden, daß die an den Wochenfesttagen zu leistende Arbeitsschicht nicht, sofern innerhalb der betreffenden Woche nur sechs Schichten gearbeitet worden sind, als Ueberstunden zu bezahlen ist. Als Wochenfesttage gelten auch die zweiten Festtage zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten. Die Forderung, nach geleisteter fünfstündiger Schicht, die auf einen Wochentag gefallen, sollte nach dem Ueberstundenlohn bezahlt zu haben, ist nach dem Tarif nicht berechtigt.

Ferner wurde beschlossen, den Ortsaufschlag für Weiten auf 10 pCt. und für Mannheim auf 20 pCt. festzusetzen. Begründung: gegenseitige Vereinbarung

der Beteiligten. Der Antrag, den Ortsaufschlag für Dresden von 17 1/2 auf 25 pCt. zu erhöhen, wurde abgelehnt; die Beschlußfassung über den Antrag, für Dorand den Ortsaufschlag von 2 1/2 auf 3 pCt. zu erhöhen, verlag. Die Entscheidung über diese und die weiteren weniger erheblichen Anträge ist den Beteiligten schriftlich mitgeteilt worden.

Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Der genossenschaftliche Vorsitzende:
N. von Elm.

Der gewerkschaftliche Vorsitzende:
S. Dreher.

Wann eine Stunde anfängt oder aufhört, war kürzlich in einer Königsberger Straßsache von Wichtigkeit. Mit dem ersten Glockenschlag der achten Stunde trat noch ein Stunde in das Geschäft des Beklagten und wurde bedient; daraufhin erhielt der Beklagte ein Strafmandat über 3 Mt. In der angeregten gerichtlichen Entscheidung vor dem Schöffengericht wurde nun über eilings erwählte Frage ein Uhrmacher als Sachverständiger vernommen. Dieser bekundete, daß die achte Stunde nicht mit dem letzten Glockenschlag, sondern in demselben Augenblick abgelaufen sei, in dem der erste Schlag aushebt, denn die Uhr fängt dann erst an zu schlagen, wenn die letzte Sekunde einer Stunde zu Ende ist. Die Dauer der Glockenschläge reicht also schon in die nächste Stunde hinein. Somit war das Strafmandat aufrecht zu erhalten und Geschäftsleute mögen sich merken, daß sie mit dem ersten Glockenschlag niemand mehr in den Laden eintreten lassen dürfen. — Die Mahnung dürfte besonders jetzt am Plage sein, da der Nachmittagsanfang, wie man vielfach hört, von Geschäftsleuten in zahlreichen Fällen einfach nicht beachtet wird, so daß Leute, die 8 1/2 Uhr den Laden betreten, noch bedient werden. In diesem Falle sollte die Polizei die strengste Durchführung, die in Königsberg zu der oben erwähnten Gerichtsverhandlung führte, sich auch hier angelegen sein lassen.

Leipzig. Von der Wa. und Schlief-Gesellschaft. Wenn ein Wächter aus der Wach- und Schliefgesellschaft aus dem Eldorado der Gesellschaft verstoßen wird, so kommt es zuweilen vor, daß er den Weg zu uns findet, um unser Rat zu erbitten. So war es auch kürzlich, als der Wächter S. plötzlich entlassen wurde und dieserhalb sich an das Gewerbegericht wandte, um den Lohn wegen fiktionsloser Entlassung einzuklagen. Unser Vertreter hat der Verhandlung vor dem Gewerbegericht beigewohnt und haben wir auf Grund jener in öffentlicher Verhandlung zur Verfügung gestellten Tatsachen wahrheitsgemäß berichtet. Aber mit der Sicherheit einer vorausberechneten Himmelberechnung beglückt uns die Wach- und Schliefgesellschaft mit einer sogenannten Verichtigung „unser Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes“, um Dinge als „unwahr“ zu bezeichnen, von denen wir nie gesprochen haben. Die Gesellschaft sollte lieber bestraft sein, weniger wegen der bei ihr herrschenden Arbeitsverhältnisse von sich reden zu machen. Dann bräuhete sie auch nicht so erhebliche Opfer an „Scharfsinn“ aufzuwenden, um sich in der Öffentlichkeit weis zu brennen. Solange freilich die Wächter sich aus unorganisierten Elementen rekrutieren, werden die Direktoren mit ihnen leichtes Spiel haben. Organisierte Arbeiter würden ihnen zu einem Längchen mehr, in der die Wa. und Schlief verglunge.

Die Stadterhaltung hat die Umfrage über die Lage der Stadt... welche letzte es an alle größeren Städte, bereits Abhaltung des achtungspostschlußes und Einführung des 7 Uhrpostschlußes ergeben ließ, abschlägig beschieden. Wir lassen hier den Stadtratsbericht wörtlich folgen.

Schalterschluss an größeren Postorten. Bei den Beratungen des Postrats in der Kammer der Abgeordneten wurde der Wunsch geäußert nach einem früheren Schalterschluss als den jetzt üblichen um 8 Uhr, mit der Begründung, daß dann auch den Postbeamten Zeit zur Erholung gewährt werde. Das Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten hat eine Umfrage veranfaßt, wie sich die Stadtverwaltungen zu der Frage des Schalterschlusses um 7 Uhr stellen. Auf der Anfrage der Stadtverwaltung hat sich der Schlichter verein für Handel und Gewerbe für den 7 Uhr Schalterschluss erklärt. Nicht so die Präsidische Handels- und Gewerbekommission, die in ihrer letzten Plenarversammlung gegen den früheren Schluss Stellung genommen hat, weil sie in dieser Maßregel eine Beeinträchtigung der Interessen der Kaufmannschaft erblickt. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt ebenfalls eine ablehrende Stellung einzunehmen. Wie Herr Oberbürgermeister Kraft bemerkt, sei der Stadtrat an und für sich bereit, Maßregeln sozialer Natur zum Wohle einer Beamtenkategorie zu unternehmen, die Stadtverwaltung stellt sich aber auf den Standpunkt, daß die Verkehrsanstalten zum Wohle des Publikums da sind und daß eine den Beamten zu gewährenden Erleichterung nicht auf Kosten des Publikums, sondern durch Vermehrung des Beamtenkörpers erfolgen soll. Gerade in der Stunde von 7 bis 8 Uhr drängt sich ein außerordentlich starker Verkehr auf der Postanstalt zusammen und die Beschäfte mükten tatsächlich schon um 5 Uhr ihre Endungen zur Expeditor fertig machen, anstatt wie bisher am Schluß der Bureauzeit. Aber auch eine große Anzahl Privatleute und Arbeiter finden erst in der Stunde von 7 bis 8 Uhr Gelegenheit, die Post aufzusuchen. Materie, die nach 6 Uhr gekauft würden, könnten tatsächlich nicht mehr expediert werden. Verkehrsanstalten schließt man erst dann, wenn kein Bedürfnis mehr vorhanden ist, das ist aber in einer Stadt wie Ludwigschafen nicht um 7 Uhr, sondern um 8 Uhr der Fall.

Stadtrat Veit ist entgegengekehrter Ansicht wie der Deserent und glaubt, daß sich ohne Störung in den kaufmännischen Betrieben eine Verkürzung des Schalterdienstes ermöglichen lasse. Man habe sich ja auch an alle feitherigen Verordnungen betreffend die Sonntagsruhe und den Achtuhrabend geschwöhnt und das Publikum sei auch damit zufrieden gewesen, als eine Verkürzung der Annahmzeit für Pakete bei den Pfälzischen Eisenbahnen erfolgte. Für die Beamten ist dadurch eine soziale Wohlfahrt geschaffen. Es dreht sich immer nur um gewisse Geschäfte, die sich nicht daran gewöhnen wollen. Die Beamten sind wohl für das Publikum da, aber auf der anderen Seite sollte auch das Publikum den Beamten entgegenkommen, wo es ohne Schädigung seiner Interessen möglich ist. Stadtrat Nitzus widerspricht den Ausführungen des Deserents, er habe gerade das schlechteste Beispiel mit dem früheren Schlusse der Güterannahmestellen gewählt, das Publikum sei damit durchaus nicht einverstanden. Er ersucht, es bei dem feitherigen Zustand zu belassen.

Adjunkt Binder ist für eine Verkürzung des Schalterschlusses, wenn diese Maßregel überhaupt durchgeführt wird, sei es ein Vorteil für die Beamten. Die Verkürzung der Pakete wird dann etwas früher erfolgen müssen, die letzte Stunde vor Schalterchluss wird immer die Stunde sein, wo sich der stärkste Verkehr zusammenfindet. Es entspricht einem sozialen Empfinden, wenn man auch diesen Beamten die Arbeitszeit verkürzt.

Oberbürgermeister Kraft: In erster Linie kommt das Interesse der Geschäfte in Frage. Der Siebenuhrschluß kann die empfindlichsten Störungen im Geschäftsleben verursachen und finanzielle Nachteile bringen. Wenn der Schluß der Geschäfte erst um 6 Uhr erfolgt, ist es unmöglich, daß sich der ganze Postverkehr in einer Stunde abwickeln kann.

Stadtrat Veit konstatiert, daß eine Beschwerde über den früheren Schluß der Annahmestellen weder in den Zeitungen laut wurde, noch an die Direktion gelangte. Er empfiehlt eine versuchsweise Einschränkung.

Stadtrat Nitzus bleibt demgegenüber bei seiner Behauptung, das Publikum sei damit nicht zufrieden. Stadtrat Dr. Mack rät von einer versuchsweisen Einschränkung ab. Habe man einmal den Siebenuhrschluß, dann werde man ihn nicht wieder loslassen. Hätten wir die englische Arbeitszeit, dann ließe sich eher darüber reden. Die Post will hier das Scherwen bringen, sich ihr unterzuordnen, mit derselben Konsequenz könne die Pfälzische Eisenbahn einige Nachteile ausfallen lassen im Interesse einer ausreichenden Nachtruhe der Beamten. Die Post soll eine Dienerin des Verkehrs sein, es kann nicht angehen, daß einer kleinen Beamtenkategorie zuliebe der großen Masse erzwungene Maßregeln auferlegt werden. Adjunkt Binder ist der Ansicht, daß durch den früheren Schalterchluss sich der Verkehr in einer geordneten Weise abwickeln würde, als bei einem Schlusse des Schalters um 8 Uhr.

Der Ausschussrat wird gegen 4 Stimmen der einen und der Stimme des Herrn Veit angenommen. Man beanstandet in erster Linie, daß der Arbeitsschalt die Gelegenheiten genommen wäre, bei Einführung des Siebenuhrschlusses ihre Geschäfte dort zu erledigen. Derjenige, der tauglich die Gelegenheit wahrnimmt, wer in den Abendstunden die Postschalter zwischen 7—8 Uhr benützt der weiß, daß es die Arbeiterschaft in geringster Maße ist, die die Schalterbeamten in Anspruch nimmt. Die Gewerbeschäfte sind es, die lediglich an dem Achtuhrpostschluß eine willkommene Gelegenheit zur Ausbeutung ihres Personals erblicken, und zwar müssen in erster Linie die Hausdiener und die Kaufmannslehrlinge unter dem Vorwand des Achtuhrpostschlusses leiden. Wenn der Chef oder Fabrikant seinen Betrieb um 7 Uhr schließt, dann wandern die Hausdiener mit ihren Packkisten zur Post oder Expressabfertigung und hier geht die Sach dann weiter. Ein jeder drängt sich nach vorn, um zuerst fertig zu werden und nicht selten kommt es vor, daß der einzelne stundenlang warten muß, bis er seine Pakete los wird, um dann noch schließlich auf dem Heimwege einige Kommissionen besorgen zu müssen. Dieses Ausbeutungssystem ist von keiner Seite zur Sprache gekommen. Wer war der größte Gegner des Siebenuhrpostschlusses? Kein anderer als der Benutzungsabgeordnete Nitzus.

Das wird aber den christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband nicht abhalten, seinem Hausvaterverein vor den Notizen grüßlich zu machen und das Zentrum als die einzige Arbeiterpartei zu propagieren, die die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Die letzten Vorgänge im hayerischen Landtage und in diesem Falle in der Ludwigshafener Kommission haben die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums am besten dokumentiert. Mögen es sich die Postbeamten und die Hausdiener merken.

Wie lange werden sich die Arbeiter noch von den christlichen Arbeiterführern pressen lassen?

Witzburg. Ein Fall von ganz eigenartigem Charakter verdient es, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Unser Kollege G. war seit 18 Jahren bei der Papier engros-Firma Flum und Lampert bahier, beschäftigt und erhielt den fürstlichen Lohn von 18 Mk. Daß ein Arbeiter, der bei der jetzigen Teuerung allen an ihn gestellten Anforderungen gerecht werden will, bei solch sambarer Bezahlung gezwungen ist, sich einen Nebenberuf zu sichern, dürfte wohl jedem rechtlich denkenden Menschen einleuchten. So übernahm auch dieser Kollege den Dienstoposten des hiesigen Techniker-Vereins. Durch Zufall kam nun eine Karte, worauf G. für Fastnachtsmontag abends bestellt wurde, in die Hände der Prinzipale. Was taten nun diese Herren? Anstatt sich zu schämen, daß sie ihre Arbeiter so schlecht entlohnen, zeigten sie ihre wahre Arbeiterfreundlichkeit: sie dulden es absolut nicht, daß ihre Arbeiter nach Feierabend noch andere Dienste leisten; sie bezahlen ihre Leute gut (welcher Lohn!) und hätte

tags über so viel zu leisten, daß sie abends dringend der Ruhe bedürfen. Schöner hätten sich die Herren selbst nicht charakterisieren können. Erstens glauben sie ihre Leute mit 18 Mk. gut und auskömmlich zu entlohnen und zweitens geben sie unumwunden zu, daß sie die Arbeitskraft ihrer Leute bis aufs äußerste ausnützen; und trotzdem trafen diese Leute nur so vor Wohlwollen und Humanität. Unser Bevollmächtigter am hiesigen Orte wurde hierauf bei den Herren vorstellig. Anfangs glaubten sie ihren „Herrn im Hause“-Standpunkt vertreten zu müssen und wollten sich auf nichts einlassen. Nachdem sie jedoch von unserem Vertreter zurechtgewiesen und ihnen die Ungerechtigkeit ihrer Handlungsweise klargelegt, waren sie bereit, unseren Kollegen weiter zu beschäftigen. Allein, Versprechen undhalten scheint auch diesen Herren noch etwas unvereinbares zu sein und so erhielt denn auch unser Kollege keine Entlassung. Fragen wir nun: Was ist schuld? Die Antwort ist leicht. Unser Kollege G. war der einzig organisierte von 6 Beschäftigten. Dieser Vorfall dürfte so manchen Fernstehenden die Augen öffnen und wohl hätte mit den Herren ein anderes Wortchen geredet werden können, wären die übrigen Kollegen unseren Ermahnungen nicht taub geblieben. Noch ist es nicht zu spät für Arbeiter der Firma Flum u. Lampert, folgt unserem Rufe: Hinein in die Organisation, hinein in den Deutschen Handels- und Transportarbeiter-Verband! Dann dürften betätigte Uebergriffe von Euren Unternehmern unmöglich sein.

Transportarbeiter.

Brandenburg a. S. Die Ehrenworte von den Herren Unternehmern gehalten werden, zeigt folgender Fall: Im vergangenen Jahre reichten die Kutscher der Firma Kraag einen Lohn tarif ein. Der Herr Kraag lehnte jede Verhandlung mit der Organisation unter folgender Begründung ab: „er, Herr Kraag, brauche einen Tarif nicht, denn, wenn er kein Ehrenwort gibt, so halte er es auch! Nach dem eine Woche lang die Kollegen sich im Streik befanden, fand eine mündliche Verhandlung statt. In dieser mit der Lohnkommission geführten Verhandlung wurde man sich darüber einig, daß der Lohn um 2 Mk. erhöht werden soll; ebenso wurden noch verschiedene Vergünstigungen vereinbart. Die lieben Streikbrecher allerdings verließen im Betriebe und erhielten 2 Mk. mehr als wie die Streikenden. Die gesamten Vereinbarungen wurden auf Ehrenwort von Herrn Kraag besiegelt. Es sollte aber bald anders kommen. Im März d. J. nun zog plötzlich Herr Kraag die mühselig auf Ehrenwort erungene Lohnerhöhung wieder ab; ebenso wurden die Vergünstigungen nicht mehr innegehalten. Ja, sogar sollten die Vertrauensleute des Betriebes entlassen werden. In einer stattgehabten Betriebsitzung wurde zu den Maßnahmen des Herrn Kraag Stellung genommen und beschlossen, aus tatsächlichen Gründen vorläufig von einer Bewegung Abstand zu nehmen. Es ist hier wiederum der Beweis erbracht, daß das „Ehrenwort“ eines Unternehmers ebenso wohlfeil ist wie eine Handvoll Brombeeren.“

Charlottenburg. Wiederum ist ein Kollege bei der Ausübung seines Berufes schwer verunglückt. Der Kollege Gustav Mattay fuhr mit einem schwer beladenen Steinwagen, der Firma Mendorff gehörig, den sogenannten Kaiserdamm entlang, als er plötzlich vom Wagen stürzte, unter die Räder geriet und über den Leib und die Beine gefahren wurde. Es ist zu bewundern, daß nicht noch mehr Unfälle gerade in diesem Betriebe passierten, denn hier wird geschuftet von morgens früh bis abends in die finstere Nacht. Er hätte nicht so genau, daß er seinen Leuten eine angenehme Arbeitszeit bieten kann. Denn man arbeitet um ca. 10 Uhr die Straße entlang geht, so wundert man sich, wenn plötzlich der Ruf ertönt „Mendorff, Mendorff, wie gewöhnlich“ und blickt man auf, so wird man einen Wagen der Firma M. gehörig, gewahrt.

Solche Zustände können auch nur bei dieser Firma Mendorff bestehen, denn der weitaus größte Teil der Kollegen gehört der Organisation nicht an. Viele Kutscher glauben sich besonders hervor zu tun, wenn sie recht viel Fuhrten machen und vielleicht einen Fünfziger dann mehr erhalten.

Und wenn dann infolge Ermüdung das Unglück kommt, dann überläßt die Firma die Fürsorge für den Krüppel und dessen Familie anderen.

Charlottenburg. Aus Anlaß der Demonstrations-Versammlungen am 18. März wurde auch in einer Vertrauensmännerversammlung beschlossen, in den einzelnen Betrieben vorstellig zu werden und anzufordern, ob die Herren Unternehmern den halben Tag frei geben würden, damit die Kollegen die Demonstrationsversammlungen besuchen können.

Von 10 Betrieben, die befragt wurden, gaben 4 ihren Arbeitern den halben Tag frei. Diese sind: Schiffer u. Sohn, Holzhandlung, Wagner, Wilmersdorf, Tischlerei, Konsum-Verein, Goertz u. Co., Konsum-Verein Charlottenburg. Die Kutscher der Selterfabrik Fonzelow hatten an ihre Pferde rote Schleifen angebracht, um so auf diese Weise zu demonstrieren.

Die nachfolgenden Firmen: Konsum-Verein Werner-Werl, Konsum-Verein Kabelwerk, Konsum-Verein Frankfurtstraße, Konsum-Verein Mir u. Genest, Möbeltransport Franzowiack, Holzhandlung v. Blummann lehnten ein Freigeben rundweg ab. Bei den ersten drei Firmen war nichts anderes zu erwarten, liegen doch diese Vereine in den Händen der lieben gelben Ordnungshüter. Nur für den Betrieb des Konsum-Vereins von Mir und Genest weiß man nicht, was man sagen soll. Dieser Betriebsverein liegt in Händen von modern organisierten Arbeitern und was bei Goertz u. Co. möglich war, konnte bei Mir u. Genest nicht unmöglich sein. Die Firma Blummann erklärte dem Vertrauensmann: „Feiern können Sie, aber dann können Sie gleich Ihre Entlohnung mitnehmen.“ Von den vielen Fuhrbetrieben hat auch nicht eine

einzig Firma ihren Leuten freigegeben. Also ist die Sucht der Unternehmer nach dem Mammon stärker, als alle ihre freibeitlichen Erklärungen und ist es ihnen gar nicht darum zu tun, politische Rechte in Preußen gelten zu lassen.

Frankfurt a. M. In der Milchkuranstalt Richter-Barthmann bestanden bisher Verhältnisse, die gegenüber den gleichartigen hiesigen Betrieben unbedingt eine Regelung, resp. Verbesserung verlangten. Bei einer täglichen Arbeitszeit von 14—15 Stunden, wobei Sonntags ebenfalls von früh 1/5 bis nachmittags 4 Uhr gearbeitet werden mußte, bekamen die Milchfahrerinnen 7 Mk. und die Fahrer 8 Mk. pro Woche, bei Stellung von Kost und Logis durch den Inhaber der Firma. Jüngere welche Extraverdiensten für Milch holen von der Bahn u. wurden nicht bezahlt. Hervorzuheben ist noch, daß von den Fahrerinnen Arbeiten, wie Waschen, Pferde putzen u., verrichtet werden, genau wie von den männlichen Fahrern. Die im Betrieb beschäftigten 6 Kolleginnen und 8 Kollegen gehörten unserem Verbände an. In verschiedenen Zusammenkünften wurden die Forderungen aufgestellt und wir wurden beauftragt, mit dem Inhaber der Firma zu verhandeln. Das Ergebnis der beiden ersten Verhandlungen war, daß wohl eine Lohn-erhöhung zugestanden wurde; jedoch auf Abschaffung der Kost und sonstige Verbesserungen wollte sich der Arbeitgeber absolut nicht einlassen. Da nun aber unsere Kolleginnen und Kollegen von dieser Forderung aus ganz berechtigten Gründen absolut nicht abgingen und einstimmig beschlossen in den Streik zu treten, wurde die Verhandlung nochmals aufgenommen. Nach langen Auseinandersetzungen kam folgender Tarif zum Abschluß:

Tarifliche Vereinbarungen

zwischen der Milchkuranstalt Richter-Barthmann und den dortselbst beschäftigten, im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Milchfahrern und Milchfahrerinnen.

1. Arbeitszeit:

Die Arbeit beginnt morgens um 1/5 Uhr und endet abends um 6 1/2 Uhr. Dieselbe wird unterbrochen durch eine 1/2 stündige Mittags- und eine 1/2 stündige Frühstückspause.

2. Löhne:

Der Lohn beträgt für die männlichen Fahrer 20 Mk., für die weiblichen 18 Mk. pro Woche.

B. Allgemeines.

- a) Das Milch holen von der Bahn nach 6 Uhr abends wird mit 50 Pfg. bezahlt und wird abwechselnd von den Fuhrbüchsen besorgt.
- b) Sonntags werden die zur Tour gehörigen Arbeiten, Milch holen und ausfahren, Klammern spülen u., verrichtet, jedoch müssen diese Arbeiten möglichst bis 4 Uhr erledigt sein.
- c) Das Milchhüten am Sonntag wird abwechselnd von einem Mädchen verrichtet.
- d) Als Kündigung kommt die in der Gewerbeordnung vorgesehene 14 tägige in Betracht.
- e) Maßregelungen aus Anlaß dieser Lohnbewegung dürfen nicht stattfinden.

Obige Vereinbarungen treten am 6. April 1908 in Kraft und gelten bis zum 1. Juli 1909. Werden dieselben nicht 4 Wochen vorher und zwar am 1. Juni von einer der beiden Parteien gekündigt, so erhalten sie ein weiteres Jahr Gültigkeit.

Frankfurt a. M., den 6. April 1908.

Für die Firma:

Richter-Barthmann.

Für die Arbeiter und Arbeiterinnen:

Robert Habicht, Paul Ständer, Fritz Richter.

Mit diesem Tarifabschluß sind nunmehr in den größeren hiesigen Milchbetrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt. In einer Reihe von kleineren Betrieben arbeiten die Kollegen noch unter sehr schlechten Verhältnissen. Hier wird es notwendig sein, daß sich die Kollegen ihrer Organisation anschließen, damit auch dort verbessernd eingegriffen werden kann.

Stuttg. S.-M. Lebensgefährliche Verordnung!

In unserm kleinen, mehr als Eisenbahnkreuzungspunkt als alle Industriort bekannten Städtchen hat eine Verordnung Gültigkeit, die in ihren Konsequenzen geradezu eine Lebensgefahr für unsere Kollegen bedeutet. Zwischen den Häusern der Stadt liegt das Gefährt der Eisenbahnen. In einem mächtigen Bogen überspannt eine eiserne Brücke den Bahnkörper. Die Chauffee Gera-Schmidlin-Zwickau leitet über dieselbe. Bis unmittelbar an dem Fuß der Brücke hat die Straße ein sehr beträchtliches Gefälle, welches trotz Krümmungen und Bogen nicht ausgeglichen werden kann. Die Brücke selbst hat eine mächtige Wölbung, die umso mehr zur Geltung kommt, daß auf der anderen Seite die Fortsetzung in die Stadt sehr tief liegt. In den beiden Anfahrten der Brücke steht nun eine Verordnung angeschlagen, welche besagt, „daß alle Zugtiere beim Fahren, Ketten u. über die Brücke am Kopfe zu führen sind.“ Jeder in der Praxis stehende Kutscher wird wohl wissen, daß das Führen der Pferde am Kopfe, vornehmlich dann, wenn ein größeres Gefälle zu nehmen, mit vielen Gefahren für den Geschirrführer verbunden ist. Vor allem hat er aber die Zugtiere gar nicht in der Gewalt. Wenn nun ein Zug unter der Brücke hindurchfährt, die Pferde unruhig werden, dabei aber der Wagen zurückhalten sollen, so ist dem Lenker des Gefährtes eine Aufgabe gestellt, die er unter normalen Verhältnissen vom Bod aus ganz gut ausführen kann, was aber fast unmöglich wird, wenn er die Pferde am Kopfe führen soll. Wir meinen, daß, wenn schon das Befahren der Brücke Schwierigkeiten macht und vor allem das Scheitern der Pferde verhindert werden soll, so müsse man den Kutscher auf dem Boche lassen, von wo aus er die Zugtiere viel besser in der Gewalt hat. Sollte dies noch nicht genügen, so mag man die Brücke auf beiden Seiten mit Blechen versehen, damit die Tiere das anlaufende, rauchende Ungeheuer nicht sehen können. Es sind Unfälle schon

genug vorgekommen, wir wollen nicht hoffen, daß es...

Hannover. Es gibt wohl keine Stadt von der Größe und Bedeutung Hannovers, die mit solch sch...

Der größte der Betriebe, die bahnamtliche Spedition...

So ist es z. B. der Wirt Fritz Bruns, Weidenhamm 12, der Inhaber des Lokals, in dem sich früher unser Verbandsbureau befand...

Dieser Herr kündigte uns bekanntlich seinerzeit, weil wir mit seinem Verhalten beim letzten Weltkrieg nicht einverstanden waren...

Daß nun unter den geschilderten Verhältnissen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerade nicht die allerbesten sind, ist weiter nicht zu verwundern...

Wir wollen zwar nicht genau, inwieweit Herr Müller mit der Entlassung des Kollegen S. in Verbindung zu bringen ist, bemerken aber ausdrücklich, daß wir hierüber unsere eigene Meinung haben...

Man sollte nun meinen, daß diese miserablen Verhältnisse den Kollegen die Augen geöffnet hätten, aber weit gefehlt...

Doch Ausdauer führt zum Ziele. Endlich ist es uns gelungen, wenn auch nur in einem Betriebe, die Verhältnisse wesentlich zu bessern...

3 Mk. pro Woche zugesagt, sowie auch die Einrichtung einesheizbaren Unterraumes zugestimmt.

Die Verhandlung mit der Organisation lebte Herr M. ab. Aber dennoch gelang es unsem Vertreter, mit Herrn M. zu verhandeln...

Diese Bewegung lehrt uns so recht, daß es jedenfalls möglich ist, durch die Organisation im Speditionsgewerbe die Verhältnisse zu bessern...

Datum Kollegen, hinein in den Verband!

Heidelberg. Selbstklärung. Daß Arbeiter ihr Erstgeburttsrecht der Koalitionsfreiheit schon preisgegeben haben, ist leider nicht so ganz selten...

Die Güterbestätigerel Heut u. Niederhäuser wurde vor kurzem von der Ortskrankenkasse Heidelberg darauf hingewiesen, daß sie ihre Fuhrleute zu niedrig angemeldet habe...

Jetzt sah die Firma, daß ihren Leuten das Maßkrat gebrochen sei und sie ging sofort daran, die Arbeiter noch weiter zu knebeln...

Nicht genug damit, daß die ehemaligen Kollegen ihre Manneswürde preisgaben, sie waren auch noch damit einverstanden, daß während 3 Jahre keine Lohnausbesserungen mehr stattfinden sollen...

„Wilst Du wohl krank sein, stell ich Dir die Arbeit ein.“ So lautet heute der Refrain der Scharmacher. Gestützt auf die Macht seines Geschweitzels und die Unwissenheit der Lohnslaven...

Leipzig. Zur Aussperrung der Möbeltransportarbeiter bei Ernst Müller in Volkmarzdorf. Herr Müller, der selbst Möbelträger war, spielt mit den Exzellenzen der von ihm lange beschäftigten Arbeiter in der unvernünftlichsten Weise...

war Herrn Müller dieser Vorgang nicht geblieben, ob dieser nun mit seiner Maßregel gegen die Arbeiter keine im Zusammenhang steht, kann nur Herr Müller selbst erklären...

Pforzheim. Die Schönheiten des Kost- und Logisweizens beim Arbeitgeber hat kürzlich ein hiesiger Kollege am eigenen Leibe zu spüren bekommen...

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Am 6. April fand eine gut besuchte Versammlung statt, die sich mit der Frage der Sonntagsruhe eingehend beschäftigte. Der Referent Genosse Hans Bloch vertrat es, in ausführlicher Weise die Praktiken der Handelsherren, die wohl auf ihren Gewerkschaften beruhen, sich ein sozialpolitisches Mäntelchen umzuhängen...

Behörde darüber Bericht erstattet, damit in Zukunft derartige Gesetzesüberlegungen nicht mehr vorkommen. Zum Schluss wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute in den Urminhallen versammelten Arbeiter des Handels- und Transportgewerbes erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie nehmen Kenntnis von den Absichten der Vertreter bürgerlicher Parteien im Reichstag bezüglich der Sonntagsruhe sowie den schärferen Plänen der Herren auf dem deutschen Handelswege und protestieren gegen die Erklärung, daß die Einschränkung der Sonntagsarbeit eine Schädigung des Handels bedeutet und die Einführung der Handelsinspektoren überflüssig wäre, weil dadurch das gute Einverständnis zwischen Chef und Angestellten gestört werden würde.

Die Versammelten beharren auf der Forderung, welche sie bereits im Jahre 1905/06 auf ihren Bezirkskongressen der Gesetzgebung unterbreitet haben. Die Versammelten ersuchen die gesetzgebenden Körperschaften, im Interesse des Lebens und der Gesundheit aller Angehörigen im Handels- und Transportgewerbe für Schaffung von Handelsinspektoren unter Hinzuziehung von Arbeitern als Assistenten Sorge zu tragen und die Regelung der Sonntagsruhe reichsrechtlich vorzunehmen. Damit aber schon jetzt aus eigener Kraft die nötige Kontrolle vorgenommen werden kann, verpflichten sich die Anwesenden, für weiteste Ausbreitung der Organisation tätig zu sein, damit unsere Forderungen erfüllt werden.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 24. März fand eine kombinierte Mitglieder-Versammlung von 4 Brudervereinen nebst unserem Verband statt. Der Gauleiter hatte hierzu das Referat übernommen und führte den Anwesenden die allgemeinen Interessen aller Berufscollegen vor Augen.

Wurden die vier Brudervereine das angebotene Band der Einigkeit annehmen, um so größer wäre unser Einfluß auf den einzelnen Beruf. Nachdem noch Redner auf die vielen Erfolge des Verbandes hingewiesen und die Statuten erläutert, forderte er die Anwesenden von den Vereinen auf, unverzüglich ihre Meinung zu sagen.

Partenberg vom Verein des Erabrennbahnpersonals schließt sich den Ausführungen des Referenten an; nur ist er der Ansicht, daß die Anschlußfrage für die Mitglieder seines Vereins zu früh sei, da sie erstens mit Kollegen aller Nationen zusammenarbeiten müssen und ferner die angestellten Arbeiter oftmals aus Personen zusammengesetzt sind, welche den Verband mehr schädigen als wie fördern würden. Er sieht auf dem Standpunkt, daß mehr Aufklärungsarbeit noch geleistet werden muß und wünscht zum Schluß, daß die Fühlung mit dem Verbande beibehalten bleiben möchte.

Drusche tadelt das Verhalten des Vorsitzenden des Vereins Charlottenburger Rutscher, Ost. Genk, welcher es abgelehnt hatte, die Einladungen an seine Mitglieder zu verbreiten, trotzdem derselbe in einer stattgehabten Konferenz für eine gemeinsame Versammlung gestimmt hatte.

O. Genk, Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes und der sozialdemokratischen Partei, entschuldigend sein Verhalten damit, daß auf den Einladungen nicht der richtige Name seines Vereins gestanden habe und aus diesem Grunde habe er die Einladungen nicht verbreitet.

Gebert tadelt das Verhalten des Genk, welches beweist, daß derselbe nur oberflächlich organisiert ist. Als Mitglied der modernen Arbeiterorganisation hätte Genk schon lange für einen Anschluß seines Vereins an die Organisation plädieren sollen, denn dieser Verein macht es der Organisation äußerst schwer, in die großen Industriebetriebe von Charlottenburg hineinzukommen.

daß der Verband die Fühlung mit den Vereinen nicht aufgeben möge, um es endlich dahin zu bringen, daß nur eine einheitliche Organisation am Orte vorhanden ist.

Forst i. S. Aus dem Klassenbericht, der in der Mitglieder-Versammlung am 6. April gegeben wurde, ist zu ersehen, daß die Einnahmen im ersten Quartal 08 144,24 Mk., die Ausgaben 78,93 Mk., der Klassenbestand 65,31 Mk. betragen. Als Revisor wurde Kollege Bruno Rehtler gewählt. Ueber die Tätigkeit der Vertrauensmänner zur Führerwerkzeugenschaft entspann sich eine Debatte, in der der jetzige 1901 gewählte Vertrauensmann seines Amtes unfähig erklärt wurde. Der Vorstand des hiesigen Konsumvereins soll ersucht werden, den nichtorganisierten Kaufleuten kein Trinkgeld mehr zu verabsorgen.

Freiburg i. Schl. Am 22. März fand eine Versammlung der hiesigen Zählstelle statt. Die Tagesordnung lautete: Vortrag über „Wie kann unsere Welt einmal untergehen?“

In seinem interessanten und gemeinverständlichen Vortrag schilderte der Redner von dem Gedanken ausgehend, daß, wie alle Organismen auf der Erde einmal sterben müssen, auch die Erde selbst früher oder später einmal untergehen müsse. In der Hand der neuesten Ergebnisse der Naturwissenschaften legte der Referent die verschiedenen Möglichkeiten eines Weltunterganges dar; schilderte eingehend die Gefahren, welche der Vulkanismus, die Erdbeben, die Nebelschwemmungen, Stürme und die Zusammenstöße mit andern Himmelskörpern für unsere Mutter Erde mit sich bringen und kam am Schluß seiner Ausführungen auf die allmähliche Abkühlung und Erstarrung unserer Erde und der Sonne, zu sprechen. In seinem Referat konstaterte der Redner, daß, abgesehen von unvorhergesehenen Ereignissen, die im Leben der Himmelskörper ebenso gut eintreten können, wie im Leben des Menschen, kein Grund vorhanden sei, sich etwa schon für einen Weltuntergang bereit zu halten; sondern, daß im Gegenteil unsere Erde noch recht eigentlich im jugendlichen Aufblühen begriffen sei. Mit der Ermahnung, in den Gewerkschaften für eine bessere, schönere Zukunft der arbeitenden Klasse zu wirken, die bisher nicht viel von den Schönheiten unserer Erde genießen konnte und treu zu seinem Verbands zu stehen, schloß der interessante Vortrag. In der Diskussion meldete sich niemand zum Wort. Der Vorsitzende, Genosse Geburtig, bedauerte lebhaft, daß die Versammlung so schlecht besucht war; es waren einige zwanzig Kollegen erschienen und wurden auch von verschiedenen Genossen Vorschläge über eine andere Art der Bekanntgabe der Versammlungen sowie Verlegung derselben auf einen Wochentag gemacht. Nachdem noch einige interne Vereinsangelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Glogau i. Schl. In der Mitglieder-Versammlung am 22. März wurde zunächst der Quartalsbericht gegeben. Dann kam der Antrag auf Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. zur Sprache; dieser wurde nach lebhafter Debatte einstimmig angenommen. Der Ueberschuß vom Wintervergnügen beträgt 1,90 Mk. In die Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Citner I als 1. Bevollmächtigter und Citner II als Kassierer. Langwagen, Schriftführer, Bunzel, Beisitzer. Görtig und Schipp, Revisoren. Kartellbelegierte sind Citner I, Langwagen und Fischer.

Ergebnis (Zoll- und Porto.) Versammlung am 1. März von Laubol macht bekannt, daß die Zoll- und Portofrage als Teil der niedergelegt habe und sich eine Remuneration herausnehmen lassen müsse. Neumann wird als Sektionsleiter, Rodewald als Schriftführer gewählt. Dann stellt Sohn den Antrag, über den Punkt „Maifeier der Echo-Kolporteurs“ einfach zur Tagesordnung überzugehen. Der Antrag wird von Peters bekämpft und dann auch von der Versammlung abgelehnt. Peters meint, wenn die Sektion Kolporteurs die Lösung ausarbeite, den 1. Mai zu feiern, dann werden sich auch die „Echo“-Kolporteurs an der Maifeier beteiligen. Bollmann sagt, wir müssen sehen, daß wir vier Fünftel der Kollegen hinter uns haben, dann würde auch der Vorstand für die Kolporteurs eintreten. Die Frauen sind zu feiern, um die Maifeier durchzuführen. Auch Arnold tritt für die Maifeier ein. Frau Kamsbrock weist den Vorwurf der Feilschung zurück. Die Männer hätten auch mit Schuld, daß die Maifeiere noch nicht weiter gediehen sei. Friede empfiehlt, den Beschluß des Gewerkschaftsrates, der auch für die Kolporteurs maßgebend ist, anzunehmen. Peters stellt den Antrag, daß dort, wo sie den Nachteil der Kollegen organisiert sind, der 1. Mai gefeiert werden muß. Der Antrag wird gegen eine Stimme angenommen. Es wird beantragt, dies auf der Generalversammlung zur Diskussion zu stellen. Auch dies wird angenommen. Hierauf gibt Neumann den Quartalsbericht. Zum Kartellbelegierten wird Neumann wiedergewählt.

Ramenz i. S. Am 4. April hielten wir eine öffentliche Versammlung ab. Es referierte der Gauleiter über: „Weshalb ist die Lohnfrage eine reine Machfrage?“ Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Unter verschiedenen wurde die Muttlosigkeit unserer Ramenzer Kollegenschaft erwähnt. Für viele der hiesigen Kollegen ist der Verband ein Buch mit sieben Siegeln, das man zwar sieht, in das man aber nicht schauen darf. Man erkennt rückhaltlos an, daß die Organisation eine Notwendigkeit ist, man weiß, daß die Mittel richtig sind, aber man getraut sich nicht beizutreten. Ja, wenn es der Chef erlauben würde. — Nun, ihr Ramenzer, wir wollen keine Organisation von Unternehmern haben, so viel Selbstbewußtsein müssen wir von den Kollegen schon verlangen, daß sie in dieser wichtigen Frage ihre Maßnahmen nicht von der Erlaubnis des Arbeitgeber abhängig machen. Noch ist es Zeit, denkt auch!

Karlruhe i. B. Die am 5. April stattgefundene Generalversammlung war verhältnismäßig gut besucht. Kollege Wendle gab den Geschäftsbericht aus dem hervorzuhelien ist, daß die Zeitungsträgerinnen bei der Wadiischen Presse durch das Eintreten des Verbandes eine Lohnerhöhung von 25 pCt. (von 15 auf 19 Pfg. pro 100 Exemplare) erhalten haben. Die Trägerinnen der anderen Zeitungen mögen daraus ersehen, daß durch die Organisation wohl etwas zu erreichen ist, wenn sie sich dem Verbands anschließen. Wetter wurde mitgeteilt, daß nun auch der christliche Transportarbeiterverband mit seiner heuchlerischen Agitationsweise einseht, indem versucht wird, die Hausdiener zu tödnen, welche von diesem Verband natürlich nichts als Enttäuschung zu erwarten hätten. Trotzdem müssen wir auf diese Herren Acht geben, denn wenn die Kollegen einmal kopfschüttelnd gemacht sind, hält es gewöhnlich schwer, sie ein zweites Mal zu einer Organisation zu bringen.

Den Klassenbericht erstattete Kollege Gerhold und ist demselben zu entnehmen, daß bei einer Mitgliedschaft von 180 die Einnahmen 903,22 Mk. und die Ausgaben 700,58 Mk. betragen. An die Hauptkasse gehen in Bar 411,50 Mk., in Belegen 91 Mk., in Summa 502,50 Mk. ab, während der Ortskasse ein Bestand von 202,64 Mk. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Decharge erteilt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Erhöhung des Wochenbeitrages, führt der Bevollmächtigte aus, daß vom Hauptvorstande endlich einem Antrag stattgegeben worden sei, den wir schon zwei Jahre ventilieren: die Verlegung des Quartals vom 1. Juli nach dem 1. März. Der Ausschuss, den unsere Verwaltungsstelle im letzten Jahre genommen, bedinge neben anderen Gründen die Gaufüberlegung und soll nun der Gauleiter ab 1. Juli 08 von hier aus tätig sein. Da wir ein Bureau einrichten wollen, ergeben sich natürlich höhere Ausgaben, auch sei es nötig, den örtlichen Klassenbestand zu stärken, damit wir bei kommenden Kämpfen besser gerüstet dastehen.

Der anwesende Gauleiter befuhrortete in längeren Ausführungen, den Wochenbeitrag ab 1. Juli 1908 auf 50 Pf. festzusetzen. Die Mitglieder würden dadurch in eine höhere Unterstützungsklasse kommen, Durchschlags- und Streikfondsbeiträge können in Wegfall bleiben, außerdem wären den Mitgliedern noch viele sonstige Vorteile gesichert. Kollege Knapp befürchtet, daß mit Erhöhung der Beiträge eine Anzahl Mitglieder abspringen könnten, doch treten verschiedene Kollegen dieser Befürchtung entgegen, sie begründen es, daß endlich auch in Karlsruhe die Fühlung hergestellt, daß mit niedrigen Beiträgen nichts Positives geleistet werden kann. Das müßte überhaupt ein schlechter Kollege sein, der wegen einer paar Pfennig mehr Beitrag seiner Organisation untreu werden wollte. Bei der nun folgenden Abstimmung erklärten sich sämtliche Anwesenden gegen 7 Stimmen für Erhöhung des Beitrags, des 50 - Pf. = Beitrag ab 1. Juli 1908 an. An unsern Mitgliedern liegt es nun, zu zeigen, daß Karlsruhe auf der Höhe der Zeit steht. Sorgt dafür, daß dem Verband auch im neuen Quartal immer weitere Mitglieder zugeführt werden; jeder einzelne muß nach seinen Kräften mit zum Ausbau des Verbandes beitragen zum Nutzen eines jeden selbst, zum Wohle der Gesamtheit. Den Kollegen, die eventl. noch mit Beiträgen im Rückstande sind, empfehlen wir, dafür zu sorgen, daß sie bis zum 1. Juli auf dem Laufenden sind. Und nun Kollegen! Auf zu neuer Arbeit! Auf zur Gewinnung neuer Mitglieder!

Leipzig. In einer gut besuchten Mitglieder-Versammlung am 27. März sprach Genosse Schöpflin über: „Die Forderung der Lebensmittel und ihre Ursachen.“ Dem lehrreichen Vortrag war etwa folgendes zu entnehmen: Es ist sehr zu bedauern, daß die Arbeiterschaft dieser Erscheinung nicht ihre ganze Aufmerksamkeit schenkt. Die Ursache, daß wir eine Veruerung der Nahrungsmittel zu verzeichnen haben, kann nicht geleugnet werden. Ihre Ursache liegt in der verkehrten Zollpolitik. Längst schon ist Deutschland nicht mehr in der Lage, das Volk mit Getreide und Schlachtvieh eigener Produktion zu versorgen. Das Fehlen dieser Nahrungsmittel muß vom Ausland bezogen werden. Statt die Einführung dieser Produkte zu erleichtern, belegt man diese mit hohen Zöllen und sorgt für alle möglichen Schikanen. So dient die Seuchengefahr nur dazu, den einheimischen Viehzüchtern die Taschen zu füllen. Der Preis der eingeführten Waren steigt im die Höhe des Zollbeitrages, aber auch das im Inlande erbaute Getreide und gezüchtete Vieh wird um den gleichen Preis verkauft. Der Staat hat ein ganz bestimmtes Interesse an der indirekten Besteuerung des Volkes. Die riesigen Summen werden sperrigweise aus den Taschen der Arbeiter gezogen. So betragen die Einnahmen aus Zöllen 1879 101 Mill. Mk. und 1907/08 666 Mill. Mk., dies ist eine Steigerung der Einnahmen um das Siebenfache, die Vermehrung der Bevölkerung hingegen beträgt nur 20 pCt. Daß der deutsche Zucker im Ausland bedeutend billiger gekauft wird, ist bekannt; die Steuer, die der Deutsche für seinen Zucker zu zahlen hat, betrug 1879 41 Mill. Mk. und 1907 140 Mill. Mk. Das Salz, ohne das die Menschheit heute gar nicht bestehen könnte, brachte dem Staatsfiscel im Jahre 1879 35 Mill. Mk. und 1907 57 Mill. Mk. Diese künstliche Verteuerung hat für den Staat insofern ein Interesse, als er dadurch um so leichter zu jenen Summen kommt, die er für Militär- und Marinezwecke gebraucht. Zu diesem Zweck bedient er sich der Finanzzölle. Daß auf diesem Wege noch lange fortgeschritten werden soll, ersehen wir aus der am 5. Dezember 1905 gehaltenen Rede Bilows, in der er die direkte Steuer verurteilt und der Massenverbrauchsteuer das Wort redet. Die Wirkungen dieser Ruuhpolitik zeigen sich im ganzen Wirtschaftsleben. In Deutschland kann sich ein Arbeiter nicht mehr wirklich satt essen, das heißt, die

durch die geleistete Arbeit verbrauchte Energie und Kraft kann er nicht vollständig wieder ersetzen. Die Gesundheit und Wohlfahrt des Volkes leidet unter diesem System, und die Lasten der Sozialversicherung (Krankenkassenzugaben, Invalidenrente und Unfallrenten) steigen ins Unendliche. Durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik können große Summen Geldes allein an Medikamenten gespart werden. Die Gefahren, die der arbeitenden Klasse durch den ersten Schritt der Sozialreform drohen, sind im allgemeinen geschildert worden. Die Arbeiter haben alle Ursache, dieser Sozialpolitik das Ohr mit zu geben, denn die Ideen der modernen Arbeiterbewegung hängen eng mit der Erziehung zusammen. Unter Gewerkschaftlichen gab Kollege Schmidt bekannt, daß das Werk: „Die Geschichte des Deutschen Transportarbeiterverbandes“ erschienen und zum Preise von 3 Mk. durch alle Verbandsfunktionäre zu beziehen ist. Eigentliche Klagen über die Behandlung und Arbeitszeit bestehen bei der Firma Krüger, Butterhandlung, Plagwitz, Hoheneiche Straße. In nächster Zeit werden wir diese Verhältnisse in einer öffentlichen Versammlung besprechen und machen wir die Konsumenten von Plagwitz darauf aufmerksam.

Potsdam. In unserer Mitgliederversammlung am 15. März referierte ein Kollege aus Köln a. Rh. unter dem Beifall der Versammelten. In der Diskussion wurde über die Transaktionen unserer Kollegen seitens des Baubildungsarbeiterverbandes viel gelaugt. Die Kollegen wurden dann noch ermahnt, recht fleißig für den Verband zu agitieren.

Weißenfels. In der Mitgliederversammlung am 22. März wurde der Kollege Leichmann als Schriftführer gewählt. Sodann gab der Bevollmächtigte den Kartellbericht und hob hervor, daß das neue Theater nunmehr der Arbeiterschaft zur Verfügung steht. — Schließlich wurden die Kollegen ermahnt, die Versammlungen besser zu besuchen und für die Organisation fleißiger als bisher zu agitieren.

Allgemeines.

Berlin. Die Speicherarbeiter vom Lehrter Speicher (in Firma Möbius) sind am Montag, den 13. April früh in einen Streik eingetreten. Bekanntlich haben die Speicherbesitzer den mit dem Transportarbeiterverband im Jahre 1906 abgeschlossenen Tarifvertrag zum 1. April 1908 gekündigt, um die seiner Zeit vereinbarten Lohn und Arbeitszeit herabzusetzen. Verhandlungen, welche bereits im Februar mit einzelnen Unternehmern geführt wurden, sind resultatlos verlaufen. Obwohl die Tarife am 1. April abgelassen waren, haben die Lohnspeicherbesitzer ihren Arbeitern den alten Lohn bisher weiter bezahlt. Der Inhaber des Lehrter Speichers erklärte sich nach dem 1. April zu Verhandlungen unter Hinzuziehung von Verbandsvertretern bereit und bezahlte auch den alten Lohn noch bis zum Sonnabend, den 4. April. Auch diese Verhandlungen haben zu einer Einigung nicht geführt. Der Inhaber, Herr Donner, beabsichtigte ursprünglich die Arbeitsfrage so weit zu reduzieren, daß die Kolonne, bestehend aus 5 Mann, bei 100 Tonnen Getreide zc. einen Lohnverlust von 20 Mk. haben. Schließlich ließ sich der Herr herbei, noch etwas zuzulegen, so daß die Reduktion 15 bis 16 Mk. bei 100 Tonnen ausmache. Auch damit konnten sich die Arbeiter nicht einverstanden erklären. Sie erklärten sich jedoch bereit, auf einen Lohn von 100 Mark bei 100 Tonnen einzugehen, wenn Herr Donner nicht eingegangen ist. Inzwischen hat Herr Donner hat einen zweiten Spruch in der Straßerlin-Augusta-Allee. Derselbe ist mit maschineller Ausladevorrichtung versehen und wird dort die Arbeit in Stundenlohn ausgeführt. Die Kahnladungen, welche für den Lehrter Speicher bestimmt waren, sind nun infolge des Streiks nach dem letzteren Speicher hindigiert worden, um dieselben dort ausladen zu lassen. Die Lohnarbeiter weigerten sich, Streikarbeit zu verrichten und wurden dieserhalb bei der Vertriebsleitung vorbestraft. Hier fuhr man die Leute an und rief ihnen zu, wenn es nicht passe, dann gehen. Diese Lohnarbeiter haben sich daraufhin solidarisch mit ihren streikenden Kollegen erklärt und am Mittwoch, den 15. April früh die Arbeit bis auf einen nicht wieder aufgenommen. Somit ruht der Betrieb nun auf beiden Speichern vollständig.

Leider müssen wir konstataieren, daß die Herren Wäger sich dazu verstanden haben, Streikarbeit zu verrichten, indem sie Getreide aus den Eisenbahnwaggons abgeladert haben. Die Herren, welche im Laufe der Zeit von schwerer Arbeit entlassen sind, können wohl noch mit der Karre etwas leisten, wenn es ihnen auch schwer fällt; sollten sie aber Sack von zwei Zentner Inhalt tragen müssen, wie es unsere streikenden Kollegen jahraus, jahrein getan haben, wobei auch die Wäger ihr schönes Geld, ohne zu schwitzen, eingesprochen haben, dann würden sich diese Herren jedenfalls als Leistungsunfähige erweisen haben. Als nun die Waggons leer waren, sind die Wäger nach dem Lohnspeicher überwiesen worden und fallen ihren Kollegen, die sich solidarisch erklärt haben, in den Rücken, indem sie auch auf diesem Speicher Streikarbeit verrichten. Es ist an der Zeit, daß diese Leute sich darauf besinnen, daß sie auch nur Arbeiter sind und daß sie mit ihrer schönen Handlungsweise ein Verbrechen an sich selbst begangen. Wir erwarten, daß die Speicherarbeiter von Berlin und anderer Orte strengste Solidarität üben, und so lange der Streik dauert, auf den beiden Speichern in Firma Möbius (Inhaber Donner) Arbeit nicht annehmen werden. Mit dem Wäger des Lohmüllenspeichers haben Verhandlungen stattgefunden und ist eine Einigung erzielt worden. Die Lohnfrage, wie solche 1906 tariflich festgelegt

worden sind, bleiben auf ein weiteres Jahr bestehen. Nur ist die Annahme getroffen worden, daß, wenn Arbeitszeit nicht vorhanden ist, so daß nicht alle Leute zu tun haben, dann sollen je nach Lage der Verhältnisse abwechselnd 1—2 Mann aussetzen.

Auf dem Aufsichtsrat ist bis zum 11. April eine Einigung noch nicht erzielt worden, da ein Vorschlag von dem Ausgang der Bewegung auf dem Lehrter Speicher abhängig gemacht werden soll.

Den nächsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands beruft die Generalcommission auf Montag, den 22. Juni 1908 nach Hamburg im Gewerkschaftsgebäude ein. Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung d. Mandate usw.). 2. Rechenschaftsbericht der Generalcommission. Berichterstatter C. Reigen Berlin. Berathung der Anträge betreffend: a) Allgemeine Agitation; b) Arbeitererinnerungssekretariat. Berichterstatterin: K. Wittmann-Berlin; c) Agitation unter den Diensthenden. Berichterstatterin: S. Grünberg-München; d) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern; e) Streikunterstützung und Streikfrist; f) Heimarbeiterschutz; g) Kommission zur Beseitigung des Kost- und Lohnzwangs beim Arbeitgeber. Berichterstatter: P. Blum Berlin; h) Correspondenzblatt. 3. Bericht über das Zentral-Arbeitersekretariat. Berichterstatter: A. Schmidt-Berlin. a) Die Vertretung der Rechtssuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftsvertreter vor den Gerichten. Berichterstatter: E. Leiche-Hamburg. 4. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten. Referent: P. Lange-Hamburg. 5. Die gewerkschaftliche Selbstverwaltung. Referent: S. Böttcher-Berlin. 6. Der Volkstakt als gewerkschaftliches Kampfmittel. Referent: O. Ullmann-Hamburg. 7. Grenzverträge. 8. Veratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge. 9. Die Entwicklung der sozialen Bewegung in Deutschland. Referent: S. Wolfenbühl-Berlin.

Anträge zur Tagesordnung, oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 11. Mai 1908 an die Generalcommission einzufenden. Sämtliche bis dahin eingegangene Anträge werden im Correspondenzblatt veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Koburg. Wohl in keiner Stadt Thüringens werden an die im Handels- und Transportgewerbe tätigen Berufskollegen niedrigere Löhne gezahlt, als in der Residenzstadt Koburg. In aber der Lohn ein derart niedriger, daß die Frauen der verheirateten Kollegen schon am Dienstag oder Mittwoch meistens kein Geld mehr haben und borgen gehen müssen, so ist die Arbeitszeit umso länger. Arbeitszeiten von 14, ja sogar 16 Stunden und darüber sind gar keine Seltenheit. Für diese lange Arbeitszeit bekommen die Kollegen dann am Freitagabend, Pardon, ich wollte sagen Sonntagmittag, die horrenden Summe von 16 bis 18 Mk. ausgezahlt. Aber auch die Behandlung von Seiten der Unternehmer läßt viel zu wünschen übrig. Schimpfworte und derbe Flüche sind an der Tagesordnung. Wir wollen für dieses Mal noch keine Namen nennen, behalten uns aber vor, später darauf zurückzukommen. Die Arbeiter sind Menschen so gut wie die Unternehmer und die Arbeit wird auch ohne Schimpfworte und Fluchen gemacht.

Diesem Zustande könnte mit einem Schlag ein Ende gemacht werden, wenn sich die Kollegen auf den Weg machen und die Unternehmer mit 15 bis 18 Mk. nach Hause zu gehen und unter die überlange Arbeitszeit ihre Kräfte frühzeitig aufzubringen. Auch könnte es dann nicht mehr vorkommen, wie es kürzlich in einem Betrieb der Fall war, daß die Kollegen abends um 5 Uhr noch nicht zu Mittag gegessen hatten. Ja es ist sogar schon vorgekommen, daß Kollegen die ganze Nacht gefahren hatten, die Pferde den Tag über gestanden haben und die Kutscher aber trotzdem den ganzen Tag arbeiten mußten, ein Beweis, wie verächtlich wenig den Unternehmern an der Gesundheit ihrer Leute gelegen ist.

Deshalb Kollegen, schließt Euch dem Transportarbeiter-Verbande an, arbeitet, agitiert, führt dem Verband neue Kämpfer zu. Nur in der Einigkeit liegt unsere Stärke. Wenn ein jeder seine Schuldigkeit tut, dann wird auch die Zeit nicht ferne sein, wo wir mit dem Unternehmertum einen fruchtbareren Kampf wagen können, wo wir mit ihnen einmal gerechnet abrechnen können, denn freiwillig lassen dieselben alle diese Zustände, wie die soeben geschilderten, nicht verschwinden.

Denk an das schöne Wort:
Mann der Arbeit aufgewacht
Und erkenne Deine Macht,
Alle Kader stehen still,
Wenn Dein starker Arm es will!

Die Kämpfe zwischen den freien und christlichen Gewerkschaften. Der Nachfolger des vertriebenen badischen Fabrikinspektors Wörtschhofer, Reg. Rat Dr. Wittmann, hat kürzlich einen Zentrumsmann im badischen Landtag mit der Bemerkung bedient, daß die Kämpfe zwischen den freien und christlichen Gewerkschaften zu bedauern seien. Der christliche Herr hatte sich zu der frivolen Bemerkung verhalten: Der Terrorismus der sozialdemokratischen Organisationen lasse auf der Arbeiterseite viel schwerer, wie der Druck des Unternehmertums. Herr Dr. Wittmann fügte hinzu, daß die Fabrikinspektion die Leiter der Organisationen stets auf das Verhängnisvolle dieser Kämpfe aufmerksam mache; sie bildeten große Hindernisse für die kulturelle Entwicklung der Gewerkschaften. Damit war der Zentrumssabgeordnete — er heißt Wagner und war früher selbst als Arbeiter in Maschinenfabriken tätig — mattgesetzt. Ein Fraktions-

genosse von ihm, der Rechtsanwält Stöpsel, suchte allerdings dem Fabrikinspektor aus seiner Erklärung einen Strich zu ziehen, indem er ihn des Liebaugens mit den freien Gewerkschaften bezichtigte. Herr Dr. Wittmann antwortete darauf, daß er das Programm darlegte, nach welchem die Fabrikinspektion geleitet werde. Sein Vorgänger Wörtschhofer habe den europaischen Ruf der badischen Fabrikinspektion begründet; er, Wittmann, wäre bestrebt, diesen Ruf zu erhalten. Leider gebe es noch zahlreiche Unternehmer, die recht ausfallend werden, erblickten sie einen Vertreter der Fabrikinspektion. Die Handels- und Handwerkerkammern sollten die Fabrikanten anweisen, den Arbeitnehmern einen freien und ungehinderten Verkehr mit den Vertretern der Fabrikinspektion zu ermöglichen. Die Beilegung des Streiks in der großen Lantschen Maschinenfabrik in Mannheim sei ihm 1903 durch die Vermittlung des verstorbenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dresbach gelungen. Die Fabrikinspektion solle sein wie eine Hüterin der Arbeiterschutzgesetzgebung und eine Beraterin der Industrie. — Mit diesem Programm, wenn es ehrlich durchgeführt wird, sind auch wir einverstanden, und es dürfte damit die badische Fabrikinspektion, wie früher, vorbildlich in Deutschland sein, zumal ihr jetzt wieder eine wissenschaftlich gebildete Hilfsarbeiterin beigegeben ist.

Der Nutzen starker gewerkschaftlicher Organisationen ist bei der jetzigen Krise recht deutlich zu beobachten. Können die Gewerkschaften es auch nicht verhindern, daß zahlreiche ihrer Mitglieder entlassen werden, so können sie doch einerseits die außer Prob befindlichen vor den grausamsten Folgen der Arbeitslosigkeit schützen und sie können dadurch andererseits verhindern, daß diese Reservearmee der Arbeitslosen, durch bittere Not gezwungen, Arbeit um jeden Preis sucht und so auf die Löhne der noch in Arbeit befindlichen Kollegen drückt. Die von der Leipziger Ortskrankenkasse allmonatlich veröffentlichte Lohnstatistik ist ein Beweis für diese Tatsache.

Von den am 28. Februar 1907 vorhandenen 103 332 versicherungspflichtigen männlichen und 39 240 weiblichen Mitgliedern und den am 29. Februar 1908 vorhandenen 105 069 versicherungspflichtigen männlichen und 43 217 weiblichen Mitgliedern gehörten den folgenden Lohnklassen an:

Lohnklasse	Arbeitsverdienst	28. Febr. 1907		29. Febr. 1908	
		männl.	weibl.	männl.	weibl.
I	451 u. mehr Mk.	84,8	0,9	88,7	1,0
II	401—450 "	12,6	0,5	18,0	0,5
III	351—400 "	17,1	2,0	16,3	2,2
IV	301—350 "	7,9	1,1	7,0	1,1
V	251—300 "	10,2	10,9	8,8	11,9
VI	201—250 "	7,2	17,5	6,5	19,3
VII	151—200 "	—	86,9	—	35,0
VIII, IX u. X	0,01—150 "	10,2	80,2	10,1	29,0

Diese Zahlen weisen nicht nur keine Verschlechterung, sondern sogar eine leichte Verbesserung der Lohnverhältnisse nach. Der Prozentsatz der über 451 Mark verdienenden männlichen Mitglieder ist von 34,8 auf 38,7, der über 4 Mk. verdienenden von 47,4 auf 51,7 pCt. gestiegen, während umgekehrt der Prozentsatz der weniger als 2,50 Mk. verdienenden von 17,40 auf 16,4 gefallen ist. Ebenso hat sich bei den weiblichen Mitgliedern die Zahl der über 2,50 Mark verdienenden von 15,4 auf 16,7 pCt. gehoben, während die der 1,50 und darunter verdienenden von 30,7 auf 29,8 pCt. herabgegangen ist.

Die in Straßburg am 16. d. M. in Leipzig besprochenen Sozialreformbewegung wüßte aus sich heraus ein durchaus eingetragenes sein.

Mitteilungen des Vorstandes.

Wir ersuchen diejenigen Ortsverwaltungen, die das Adressen-Verzeichnis der Verbands-Funktionäre noch nicht eingeleistet haben, dieses umgehend zu bewerkstelligen. Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 3, Abs. 7a des Verbandsstatuts das Mitglied Roth, Ernst, der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M., eingetreten am 6. November 1899 in Berlin.

Das Mitglied Trautzettel, Gustav, Spitzsch., Nr. 267 149, Orts-Nr. 149 der Verwaltungsstelle Kassel, eingetreten daselbst am 8. Juli 1906, ist von dort spurlos verschwunden. Trautzettel hat der Verwaltungsstelle Kassel gegenüber noch Verpflichtungen zu erledigen. Wir ersuchen deshalb die Verwaltungs-Funktionäre, falls Trautzettel auftaucht, demselben das Verbandsbuch abzunehmen und dessen Adresse dem Unterzeichneten zu übermitteln.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Adler, Wenzel, Spitzsch.-Nr. 332 021 der Verwaltungsstelle Falkenstein. B., eingetreten daselbst am 19. April 1907.

Falls dieses Buch gefunden oder vorgezeigt wird, ist es anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzufenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Paffler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzufenden.

Verantwortl. Redakteur: Franz Kettig, Berlin. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmich, Berlin, Adalbertstr. 37.

Mitglieder aus allen 4 Berliner Verwaltungsstellen!

Am Freitag, den 1. Mai 1908, mittags 12 Uhr:



Grosse öffentliche Versammlung



im Lokal „Deutscher Hof“, Ludauerstraße.

Tages-Ordnung: Vortrag über die Bedeutung des 1. Mai als Weltfeiertag.

Wir erachten es als selbstverständlich, daß jedes Mitglied der oben genannten Verwaltungen für einen wirklich guten Besuch dieser Versammlung aglieren wird.

NB. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß auch in diesem Jahre Maimarken à 25 Pf. zum Verkauf herausgegeben und der sich ergebende Betrag dem Agitationsfonds für Groß-Berlin überwiesen werden wird.

Die letzten Lohnbewegungen haben uns gezeigt, wie groß die Zahl der indifferenten Berufsangehörigen noch ist, welche sich bei etwaigen Lohnkämpfen den Unternehmern als Arbeitswillige zur Verfügung stellen. Es ist unsere heiligste Aufgabe, diese aufzuklären und der Organisation als Mitglieder zuzuführen. Erst dann werden unsere wirtschaftlichen Kämpfe vollen Erfolg haben, wenn alle unsere Berufsangehörigen, Kollegen und Kolleginnen, Schulter an Schulter nach dem Grundsatz, alle für einen und einer für alle, den Kampf um ein besseres menschenwürdiges Dasein mit uns gemeinsam aufnehmen und durchführen werden.

Agitation und Organisation kostet aber Geld und abermals Geld; deshalb ist es notwendig, daß ein jedes Mitglied, welches am 1. Mai im Dienste des Kapitals frohndet, einen Teil seines Verdienstes opfert und mindestens 1 Maimarke à 25 Pf. entnimmt.

Die Maimarken sind bei den Beitragskassierern, in den Zahlstellen und den Büros aller 4 Verwaltungsstellen zu haben.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

An die Mitglieder sämtlicher Berliner Verwaltungsstellen, soweit dieselben in den Stadtgegenden Nord-Osten, Osten, Süd-Westen und der Vororte Rixdorf, Britz, Creptow, Lichtenberg, Rummelsburg und Friedrichsfelde wohnen!

Vom 30. April 1908 an werden die Beiträge aller Mitglieder, soweit dieselben in der obengenannten Gegend wohnen, von angestellten Beitragskassierern an den Wochentagen aus den Wohnungen abgeholt werden. Die Mitglieder erhalten dann gleichzeitig den „Courier“, unser Verbandsorgan. Die Beitragskassierung und Verabfolgung des „Courier“ geschieht jedoch **nur** an den bestimmten Wochentagen, welche der angestellte Beitragskassierer anzeigt. — Eine Sonntagskassierung findet daher nicht mehr statt.

Die Beitragskassierung im obigen Sinne findet seit **Anfang Januar dieses Jahres** in den Stadtgegenden des Süd-Osten, Süden und einem Teil von Süd-Westen statt. Es ist hierüber bereits im Dezember im „Courier“ darauf hingewiesen worden. Trotzdem wollen wir nochmals zur allgemeinen Aufklärung der Verbandsmitglieder nachstehend die Gründe für die Neuregelung der Beitragskassierung bekannt geben.

Die vier Berliner Ortsverwaltungen haben insgesamt 34—35 000 Mitglieder und ist es äußerst schwierig, die nötige Zahl der freiwilligen Bezirks- und Betriebskassierer zu finden. Es haben uns leider auch ein Teil dieser freiwilligen Kräfte bitter enttäuscht. Außerdem ist der ständige Wechsel der unbesoldeten Beitragskassierer für die Mitglieder sehr unangenehm und wenig vertrauenerweckend gewesen. Ferner ist die gegenwärtige Art der Bestellung des „Courier“ so mangelhaft, daß bei einer vorgenommenen Stichkontrolle festgestellt wurde, daß nur wenige Mitglieder von den Niederlagsstellen die Zeitungen abholten.

Dieser Zustand ist unhaltbar und müßte sowieso eine andere Zeitungsbestellung eingerichtet werden, welche uns nach genauer Ueberlegung und Berechnung einen Mindestkostenaufwand von 2 1/4 Pf. pro Exemplar und Woche verursachen würde. Da die Redaktion des „Courier“ stets bestrebt ist, die Aufklärung in Berufsfragen, sowie die Erziehung zur Kollegialität zu fördern, welche im Kampfe mit unserem organisiertem Unternehmertum nötig sind, so mußten wir ein Interesse daran haben, daß unser Organ auch unbedingt in die Hände der Mitglieder gelangt. Rechnen wir nun die Prozente zc., welche an die freiwilligen Arbeitskräfte gezahlt werden, sowie die Ausgaben, welche durch die Zeitungsexpedition entstehen, so kommen wir bei dem System der angestellten Beitragskassierer nicht weiter weg und laufen niemals Gefahr, daß uns Gelder veruntreut werden können, zumal die Angestellten zweimal wöchentlich abrechnen müssen. Es soll mit den genannten Gegenden der erste Besuch gemacht werden und zwar sind die ersten Beitragskassierer aus den Reihen der in den Verbandsbüros derzeit beschäftigten Hilfsarbeiter genommen worden, und ist hierdurch überhaupt jede Neubelastung der Kasse ausgeschlossen.

Wir erwarten also und bitten dringend davon, daß die in den genannten Gegenden uns dadurch unterstützen, daß sie das **Mitgliedsbuch in der Wohnung lassen**, damit und es leichter für die angestellten Beitragskassierer eingelebt werden können.

Die angestellten Beitragskassierer sind im Besitz einer Legitimationskarte.

Beschwerden wegen unpünktlicher Zeitungsbestellung oder Beitragsabholung seitens der angestellten Beitragskassierer sind an das **Bureau der Bezirksleitung Groß-Berlin, Engel-Ufer 14/15 II, Zimmer 36**, speziell an den Kassierer Kollegen **Paul Steinicke** zu richten. Bei Beschwerden und sonstigen Meldungen muß stets die **Hauptnummer des Mitgliedes** sowie die **genaue Adresse** angegeben werden.

Mit kollegialem Grusse

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A.: Aug. Werner, Bezirksleiter, Engel-Ufer 14/15, Zimmer 34. Tel.-N. 4, 2882.

Verwaltung Berlin I.

Mitglieder der Verwaltungsstelle I.

(Verein Berliner Hausdiener.)

Büro und Kasse: Adlerstraße 5, v. I.

Telephon: Amt I, 4981.

Bei allen Zuschriften an die Verwaltung muß die genaue Buchnummer und Wohnung angegeben werden.

Bei Gesuchen um Unterstützung zc. ist das Mitgliedsbuch mit beizulegen.

Wir ersuchen die Kollegen, nach § 8, Abs. 6, des Verbandsstatuts sowie § 8 des Vereinsstatuts, nicht länger, wie 10 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand zu bleiben, damit ihnen ihre statutarischen Rechte nicht verlustig gehen.

Die Auszahlung der Kranken-, Sterbe- sowie sonstigen Unterstützungen erfolgt nur in der Zeit, von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Krankmeldungen werden ebenfalls nur während dieser Zeit entgegen genommen.

Zur Agitation betreffs Einführung des 6 Uhr-Postschlusses bedürfen wir noch einiger Kollegen als Vertrauensleute zwecks Ausfüllung von statistischen Fragebögen auf den einzelnen Postämtern Berlins. Wir bitten die Kollegen, welche bereit sind obiges Amt zu übernehmen, uns umgehend ihre Adressen nach dem Bureau, Alte Leipzigerstr. 1, zugehen zu lassen.

Die Kommission zur Herbeiführung des 6 Uhr-Postschlusses.

Wir machen unseren Mitgliedern zur Pflicht, jede Wohnungsveränderung dem Bureau oder dem Bezirks- oder Betriebskassierer sofort unter Angabe der alten Wohnung, der Ortsnummer und Eintrittsdaten zu melden, damit durch die unliebsame Unterbrechung der Beitragskassierung keine Schmälerung der statutarischen Rechte eintritt.

Ferner geben wir hiermit bekannt, daß das Werk: Dreher-Schumann

Die ökonomischen Vorbedingungen und das Werden unserer Organisation

zum Preise von 3 Mk.

im Bureau durch die Kollegen Bergens und Gaerling zu haben ist. Um auch allen Kollegen dieses zugänglich zu machen, haben die Verfasser uns angewiesen, durch Teilzahlungen à 1 Mk. Bestellungen entgegen nehmen zu können.

Voranzeige! Sonntag, den 31. Mai 1908: Frühlingsfest

in der Beauveret Friedelshain.
Konzert. — Spezialitäten. — Großer Ball.
Auftreten des beliebten Berliner Akt-Trio, sowie erst-
klassiger Spezialitäten.
Im großen Saal von 5 Uhr ab: Tanz.
Die Kaffeetische ist von 1/2 3 Uhr an geöffnet. 1 Liter
80 Pfg., 1/2 Liter 40 Pfg.
Entrée 25 Pfg., an der Kaffe 30 Pfg.
Billets sind in allen Verwaltungsstellen, sowie bei
sämtlichen Kaffeehäusern zu haben.
Um recht rege Beteiligung bitten

Das Komitee.

Hausdiener und Packer aus der Damenkonfektion und Blusenbranche.

Am Mittwoch, den 6. Mai 08, abends 8 1/2 Uhr,
Gr. Branchen-Versammlung
bei Engel, Seydelstraße 30.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Ver-
schiedenes.
Die Sektionsleitung.

Hausdiener, Kutscher aus den Handtuch- und Wäsche- Verleih-Instituten Berlins.

Die Abstempelung resp. Neuausstellung der Kontroll-
karten für den Monat Mai findet im Lokal Oibrovius
Nachfolger, Alexanderstr. 8, nur am 1. Mai, vormittags
von 9—11 statt.

Laut Beschluß der Branchen-Versammlung vom 13. April
zahlen die Kollegen von der 10. Woche 1908 ab den
50 Pfg.-Beitrag. Die Streifondsanteile für das zweite
Quartal wird nicht mehr gezahlt.

Jeder Kollege hat bis 1. Mai bis zur 15. Woche die
40 Pfg.-Beiträge zu zahlen und ist das Mitgliedsbuch in
Ordnung zu bringen. Jeder Kollege hat am 1. Mai zu
erscheinen, spätere Abstempelung findet nicht statt. Nach
der Abstempelung Teilnahme an der Mai-Versammlung.
Näheres durch „Vorwärts“-Ankündiger.

Die Branchenleitung. J. A.: W. Müller.

Galanterie-, Kurz-, Lederwaren- und Exportbranche.

Die Kollegen vorstehender Branche ersuchen wir, ihre
Adresse mit Angabe der Mitgliedsnummer und des Be-
triebs schleunigst dem Bureau, Adlerstr. 5, zu übermitteln.

Mit kollegialem Gruß

Die Agitationskommission.

Hausdiener, Packer, Hilfsarbeiter aus der Goldleistenbranche.

Am Montag, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15,

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wie stellen wir uns zu den be-
vorstehenden Landtagswahlen? Ref.: Koll. G. Bergens.
2. Diskussion. 3. Die Frage der diesjährigen Waisfeier.

Der wichtigen und interessanten Tages-Ordnung wegen
ist es Pflicht jedes Kollegen, bestimmt und pünktlich zu er-
scheinen.

Die Sektionsleitung. J. A.: Max Schulze.

Distrikt 33.

Am Montag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal von Wilhelm Mattner, Müllerstr. 162 a,

Große Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über „Wie verbessern
wir unsere wirtschaftliche Lage?“. 2. Diskussion. 3. Ver-
schiedenes. 4. Wahl von Bezirkskassierern.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tages-Ordnung
ermartet das bestimmte und pünktliche Erscheinen aller
Kollegen

Der Distriktsleiter: Max Möwes.

Verwaltung Berlin II.

Telephon: Amt IV, 4747.

Achtung! Mitglieder aus allen Branchen!

Mit der Fertigstellung des Erweiterungsbauens des
Gewerkschaftshauses haben die bisherigen Büro-Zimmer
eine andere Nummerierung erhalten. Die Zimmer unseres
Verwaltungsbüros sind jetzt wie folgt nummeriert worden:
Kranken-Abfertigung bisher Nr. 17 jetzt Nr. 31,
Kassierer bisher Nr. 16 jetzt Nr. 32,
Registrierung bisher Nr. 15 jetzt Nr. 33,
Bevollmächtigter, Sekretär und Auskunfts-Zimmer
bisher Nr. 18 jetzt Nr. 43/44.

Uebertragungszimmer bisher Nr. 14 jetzt Nr. 42.
Wir bitten die Verhandlskollegen dies zu beachten
und bei eventuellen Einsendungen, Briefen, Schrift-
stücken zc. hierauf Bezug zu nehmen.

Alle diejenigen Verbandsmitglieder, welche ihre
Wohnung bei dem Frühlings-Umzugstermin gewechselt
haben, werden dringend ersucht, ihre neue Adresse dem
Verbandsbüro anzugeben. Am besten geschieht dies auf
schriftlichem Wege und ist hierbei darauf zu achten, daß
die Mitgliedsnummer sowie die bisherige und die neue
Adresse angegeben wird.

Bei den Wohnungsummeldungen haben die-
jenigen Kollegen, welche als Betriebsvertrauens-
leute fungieren, diese ihre Funktion auf der Meldung
besonders zu vermerken.

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß bei Er-
krankungen verschiedenfalls die Kollegen dem Verbandsbureau
hierzu zu spät Mitteilung machen oder aber sich erst nach
Beendigung der Krankheit melden. Wir machen daher die
Kollegen dringend darauf aufmerksam, die statistischen
Vorschriften genau zu befolgen. Die unterstützungs-
berechtigten Mitglieder sind hierauf verpflichtet, im
Erkrankungsfall dies bei dem Verbandsbureau
Zimmer 31, zu melden. Die Meldung kann durch
eine Postkarte erfolgen.

Die Auszahlung von Unterstützungen erfolgt des Vor-
mittags von 10—2 Uhr, ebenfalls werden nur in dieser
Zeit Krankmeldungen entgegen genommen.

Weiter empfiehlt es sich, daß die Mitglieder bei
besonderen Eingaben und Besuchen stets ihr Verbandsbuch
mit einbringen. Bei eventuell vorkommenden Rechtschutz-
gesuchen werden die Kollegen ganz besonders darauf hin-
gewiesen, hiervon die Verwaltung so schnell wie möglich
in Kenntnis zu setzen. Zu spät eingereichte Gesuche laufen
Gefahr, nicht berücksichtigt werden zu können.

Angesichts der noch immer herrschenden großen Arbeits-
losigkeit, ersuchen wir alle Mitglieder, ihre arbeitslosen
Kollegen und Kolleginnen nicht zu vergessen und jede Stellung
oder Arbeit irgend welcher Art, sei es zur Ausfülle oder

für fest, sofort unserem Arbeitsnachweis, Engel-Ufer 15,
Zimmer 48, zu melden. Telephon: Amt 4, Nr. 4848.

Diese Unterstützung ist die beste, welche wir unseren Arbeits-
losen Anteil werden lassen können.

Ferner geben wir unseren Mitgliedern bekannt, daß
das Buch Dreher-Schumann „Ein Auschnitt aus der
Geschichte der Handels-, Transport- und Verkehrs-
arbeiter-Bewegung“ zum Preise von 3 Mk. im Ver-
bandsbureau zu haben ist. Auch können die Kollegen
dieses Buch bei ihrem Betriebs- oder Bezirkskassierer
bestellen.

Wir empfehlen jedem Kollegen, welcher sich über die
Verhältnisse und das Werden unserer Organisation unter-
richten will, daß dieses Buch anzuschaffen. Das Buch ist
in 6 Sprachen erschienen und ist für alle Kollegen bei der Ver-
waltung zu bekommen.

Kellerarbeiter und Kutscher aus den Großdestillations-, Wein- und Bier- betrieben Groß-Berlins.

Am Mittwoch, den 22. April, abends 8 Uhr, bei
Engel, Seydelstraße 30,

Große Monatsversammlung mit Frauen

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Koll. J. Vambrecht über das Thema:
„Die wirtschaftliche Krise und ihre Bedeutung für die Ar-
beiterklasse“. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches. 4. Ver-
chiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, für einen guten Besuch
agittieren zu wollen.

Ferner diene den Kollegen zur Kenntnis, daß unsere
diesjährige Herrenpartie am 28. Mai (Himmelfahrt) statt-
findet. Dieselbe erstreckt sich von Berlin (Stettiner Bahn-
hof) bis Oberwalde-Charlotten und zurück. Das Nähere wird
noch in den Monatsversammlungen sowie im Courier bekannt
gemacht. Die Sektionsleitung. J. A.: Friedr. Vogt.

Mitglieder aus den Brauereibetrieben und Bierlieferungen Gross-Berlins.

Am Mittwoch, den 29. April 08, abends 7 Uhr,

Große Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c (unterer Saal).

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Ge-
schäftliches.

Zur Teilnahme an dieser Versammlung wird
das pünktliche Erscheinen aller Kollegen
erwartet.

Die Sektionsleitung.

Verwaltung Berlin IV.

Automobilfahrer!

Am Freitag, den 15. Mai 1908, abends
9 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus Berliner
Musiker“, Kaiser Wilhelmstr. 18m, unsere nächste

Monats-Versammlung mit Vortrag statt.

Da dieselbe der Agitation dienen soll, ersuchen
wir die Kollegen, dafür unter allen Privat-, Ge-
schäfts- und Droshken-Automobilfahrern rege
Propaganda zu machen.

Die Sektionsleitung
der Automobilfahrer.

Die
außerordentliche General-Versammlung
der Mitglieder der Kranken- und Sterbekasse der
Fuhrherren, Kutscher und verwandten Berufsangehörigen
„Eintracht“, C. S.-R. Nr. 80, Berlin, Steinstr. 17,
findet am
Freitag, den 24. April, abends 9 Uhr,
in den „Musikerzälen“, Kaiser Wilhelmstr. 18 m, statt.

Die Tages-Ordnung ist folgende:
1. Anträge auf Statutenänderung der §§ 6, 8, 13,
16, 22 und 25.

2. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller Kollegen, die in dieser Kasse
versicherung sind, in obiger Versammlung zu erscheinen.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Rettig, Berlin.

Bekanntmachung.

Bezirk Lichtenberg. Am Dienstag, den
28. April 1908, abends 9 Uhr, im Lokale von
Wildner, Prinz Friedrich Karlstr., Sitzung.

Da in dieser Sitzung interessante und wichtige
Berufsfragen erörtert werden sollen, ist das Erscheinen
aller Kollegen unbedingt notwendig.

Der Bezirksführer.

Bezirk Wilmersdorf. Jeden Montag nach
dem 15., abends 9 Uhr, Sitzung im Lokal „Zur
Lauenburg“ bei Häppler, Lauenburgerstr. 20.

Die Kollegen werden hierauf besonders auf-
merksam gemacht und ersucht, pünktlich und zahlreich
zu erscheinen.

* * *

Die

Mitglieder-Versammlung

der Nationalen Kranken- und Sterbekasse der Droshken-
kutscher und verw. Berufsangehörigen C. S. R. Nr. 75
zwecks Vornahme der Wahlen der Abgeordneten zur
außerordentlichen General-Versammlung am 21. Mai
1908 zu Berlin, findet für Berlin am **Montag,**
den 27. April d. J., abends 9 Uhr, im

Verlag der Buchhdlg. „Courier“, O. Schumann-Berlin.

Gewerkschaftshaus, Saal 3, statt. Wir ver- weisen auf § 40, Abs. 6 des Statuts. Die Mit- glieder machen wir hierauf besonders aufmerksam und ersuchen pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Am **Mittwoch, den 29. April, abends**
8 1/2 Uhr, findet im „Bräutchen“, Dirschfeldstraße,
Bogen 110, die

Ordentl. April-General-Versammlung

der Krankenkasse der Personen-Lohnfuhrwerks-Gattung
zu Berlin statt.

Tages-Ordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht des Vorstandes des
verlorenen Jahres.

2. Bericht des Rechnungs-Ausschusses und Discharge-
Erteilung des Vorstandes.

3. Besprechung resp. Wahl eines Krankenbesuchers.

4. Verschiedenes (Kassenangelegenheit).

Der Vorstand.
J. A.: G. Rünzenborf.

Automobil-droschke

Sonnabend, den 4. d. Mts., vom Mollendorfplatz
nach Barbarossastr. 2a. Die dort liegenden
2 Briefen. Rückgabe gegen Belohnung an Moritz
Doß & Cie., Scharrenstr. 9a.

Druck: Maurer u. Dimmick, Berlin, Abalbertstr. 37.